Nr. 282. – 31. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 15. Oktober 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Vorstoß gegen Ostende. — Lyck zurückerobert.

11 000 Russen und 4500 Franzosen gefangen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. Oktober, mittags. (W. T. B.) Von Gent aus befindet sich der Feind, darunter ein Teil der Besatzung von Antwerpen, in **eiligem Rückzuge nach Westen zur Küste. Unsere Truppen folgen.**

Lille ist von uns besetzt, **vierfausendfünfhundert Gefangene** sind dort gemacht worden. Die Stadt war durch ihre Behörden den deutschen Truppen gegenüber als „offen" erklärt worden. Trotzdem schob der Gegner bei einem Umfassungsversuch von Dünkirchen her Kräfte dorthin vor, mit dem Auftrag, sich bis zum Eintreffen der Umfassungsarmee zu halten. Da diese natürlich nicht eintraf, war die einfache Folge, daß die zwecklos verteidigte Stadt bei der Einnahme durch unsere Truppen Schädigungen erlitt.

Von der Front des Heeres ist nichts Neues zu melden.

Dicht bei der **Kathedrale von Reims** sind zwei schwere französische Batterien festgestellt. Ferner wurden Lichtsignale von einem Turm der Kathedrale beobachtet. Es ist selbstverständlich, daß alle unseren Truppen nachteiligen feindlichen Maßnahmen und Streitmittel bekämpft werden, ohne Rücksicht auf die Schonung der Kathedrale. Die Franzosen tragen also jetzt wie früher selbst die Schuld daran, wenn der ehrwürdige Bau weiter ein Opfer des Krieges wird.

Auf dem **östlichen Kriegsschauplatz** sind in Kämpfen bei **Schirwindt die Russen geworfen und haben 3000 Gefangene, 26 Geschütze und 12 Maschinengewehre verloren.**

Lyck ist wieder in **unserem Besitz. Bialla** ist vom Feinde geräumt.

Weiter **südlich** sind beim **Zurückwerfen russischer Vortruppen auf Warschau** 8000 Gefangene gemacht und 25 Geschütze erbeutet.

* * *

Die letzten Meldungen aus dem Großen Hauptquartier bestätigen, was wir bereits aus den wiedergegebenen Meldungen holländischer Blätter wußten: daß die Verfolgung des Restes der Antwerpener Belagerungsarmee energisch fortschreitet.

Die neuesten Pressemeldungen besagen, daß die Deutschen bereits vor Brügge angelangt und nördlich von Brügge bis zur Nordsee vorgedrungen sind. Schreitet die deutsche Verfolgung in dem gleichen Tempo erfolgreich fort, so wird die Besetzung Ostendes schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Vielleicht gelingt es dabei auch, einen erheblichen Teil der geflüchteten belgischen Armee gefangen zu nehmen.

Aus dem Osten kommt die besonders erfreuliche Nachricht, daß unsere Truppen nach vieltägiger energischer Verteidigung gegen die andrängenden Russen nunmehr wieder an Boden gewonnen und Lyck zurückerobert haben. Die Umgehungsversuche bei Schirwindt haben den Russen außer zahlreichen Geschützen und Maschinengewehren 3000 Gefangene gekostet.

Nach dieser Entwickelung der Kämpfe an der ostpreußischen Grenze ist zu hoffen, daß diesmal der erneute russische Invasionsversuch dauernd gescheitert ist.

Auch im südlichen Teile Polens haben sich die deutschen Truppen mit Erfolg geschlagen, sind doch bei den Kämpfen in der Nähe von Warschau 25 Geschütze und 8000 Gefangene erbeutet worden.

Auf dem großen französischen und dem galizischen Kriegsschauplatz haben sich erhebliche Vorgänge nicht abgespielt.

Die französische Lesart.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Die amtliche Bekanntmachung von 3 Uhr nachmittags besagt: 1. Auf unserem linken Flügel haben unsere Soldaten aus der Gegend Hazebrouck—Béthune gegen feindliche Truppen, die zum größten Teil aus Kavallerie bestehen, und aus der Linie Bailleul—Estaires-la Bassée kamen, wieder die Offensive ergriffen. Das von einer Territorialabteilung gehaltene Lille wurde von Deutschen angegriffen und besetzt. Zwischen Arras und Albert haben wir Fortschritte gemacht. 2. Im Zentrum haben wir in der Gegend von Berry au Bac gleichfalls Fortschritte gemacht und sind leicht gegen Souain westlich der Argonnen und nördlich von Malancourt zwischen Argonnen und Maas vorgegangen. Auf dem rechten Ufer der Maas sind unsere Truppen, welche die Maashöhen im Osten von Verdun besetzt halten, südlich der Straße Verdun-Metz vorgegangen. In der Gegend von Apremont haben wir auf unserem rechten Flügel ein wenig Boden gewonnen und auf dem linken einen Angriff zurückgeschlagen; 3. In den Vogesen und im Elsaß sind keine Veränderungen eingetreten. Zusammenfassend kann man sagen, daß der gestrige Tag Fortschritte unserer Truppen auf verschiedenen Punkten des Schlachtfeldes brachte.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Die amtliche Bekanntmachung von 11 Uhr abends lautet: Es ist nichts zu melden außer einem Vormarsch in der Gegend von Berry au Bac.

Die Deutschen in Gent.

Amsterdam, 4. Oktober. Das „Nieuwe van den Dag" meldet: Am Sonntagabend haben sich die belgischen und englischen Truppen aus Gent zurückgezogen, während die Deutschen dort ankamen. Am 12. wurde der Gegner durch die Deutschen verfolgt, der schließlich bei Brügge eingeholt wurde. Es entstand hier ein heftiges Gefecht, das heute noch im Gange sei. Aus Gent wird berichtet, daß die Bevölkerung sich freundlich gegenüber den Deutschen verhalte. Das gegenwärtige gegenseitige Verhältnis ist gut. Die Deutschen erklären, daß sie mit den Gentern zufrieden seien und ihnen durchaus nichts zu Leide tun werden.

Das Gefecht bei Brügge.

Amsterdam, 14. Oktober. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Das belgische Heer ist in Brügge durchgezogen, während der König und die Königin am Sonnabend um 10 Uhr im Automobil durchkamen. Am Montagnachmittag wurde schwerer Kanonendonner gehört. Weiterhin berichtet das Blatt aus Roosendal: Die aus der Strafkolonie Merexplatz freigelassenen Gefangenen beginnen hier und in der Umgegend außerordentlich lästig zu fallen.

Kämpfe nördlich von Brügge.

Amsterdam, 14. Oktober. (W. T. B.) „Nieuws van den Dag" meldet aus Selzaete vom 13. d. Mts.: Die gestern hier eingetroffenen Deutschen stellten die von den Belgiern zerstörte Brücke wieder her. Landwehrtruppen waren heute Morgen damit beschäftigt, westlich von Selzaete Gräben aufzuwerfen. Einige Bahngleise waren zerstört und die Telegraphen- und Telephonapparate weggenommen. In der Richtung auf Seebrügge ist anscheinend ein Gefecht im Gange. Den ganzen Vormittag über war von dort her Kanonendonner vernehmbar.

Rotterdam, 14. Oktober. (W. T. B.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Ardenburg vom 13. d. Mts.: In Brügge fiel eine Bombe auf eine Kaserne.

Der Zusammenbruch des belgischen Heeres.

Kristiania, 13. Oktober. (W. T. B.) „Dagbladet" schreibt: Wenn man die jetzige Lage des belgischen Heeres bedenke, so erscheine es als überaus wahrscheinlich, daß dieses für den jetzigen Krieg nicht mehr in Betracht komme. „Aftenposten" druckt eine Stelle aus dem Pariser Communiqué von gestern nachmittag gesondert ab, in dem es heißt, daß die 24 Forts um Antwerpen von den Belgiern noch gehalten werden und von den Deutschen nur eine Vorstadt besetzt sei, unter der Ueberschrift: „Was man in Frankreich über Antwerpen zu wissen bekommt". Der größte Teil der hiesigen Presse hat die betreffende Stelle einfach gestrichen.

Repressalien für die Bombenwürfe deutscher Flieger.

Kopenhagen, 13. Oktober. (W. T. B.) „Nationaltidende" meldet aus Paris: Hier herrscht allgemeine Entrüstung über die dreisten Besuche deutscher Flieger. Die Blätter fragen, ob die französischen Flieger Ferien haben und verlangen von der Regierung energische Gegenmaßregeln.

Eine Regelung der Kartoffelpreise.

Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung hat in den letzten Tagen eine ganz unerhörte Preistreiberei eingesetzt. Das Eingesandt in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" wirkte geradezu als ein Warnungssignal. Nachdem noch in der vorigen Woche Dabersche Kartoffeln mit 2,75 bis 2,80 M. pro Zentner frei Keller offeriert wurden, stiegen die Preise am Ende der Woche bereits auf 3,35—3,50 M. und die Zufuhr war so ersichtlich gering, daß allenthalben Befürchtungen über weitere enorme Preissteigerungen laut wurden. Diese Befürchtungen schienen zunächst gegenstandslos zu sein, denn der Deutsche Landwirtschaftsrat notierte noch am 12. Oktober für den Berliner Markt den Waggonpreis (bei 10 000 Kilogramm) auf 2,75—3,00 M. pro Zentner für rote Daber und 2,75—2,90 M. für Magnum bonum. Ein Gang auf den Berliner Bahnhof belehrte uns eines Besseren. Hier, wo sich sonst ein großer Teil des Kartoffelhandels für Berlin abspielt, waren nur etwa 20 Waggons angefahren und die Preise waren für unausgesuchte und ungereinigte Ware (sogenannte Bruchkartoffel) 3,50 M., für große ausgesuchte Ware 4—4,50 M. pro Zentner. Die Händler klagten über mangelnde Zufuhr, Zurückhaltung der Winterfrucht seitens der Landwirte und sprunghaftes Anziehen der Preise. Auch hier wurde mit ganz enormen Preissteigerungen gerechnet.

Die Ursache dieser Preistreibereien ist zweifellos bei den Produzenten und im Großhandel zu suchen. Die Mitteilungen der Tagespresse über die erhöhte Bedeutung der Kartoffel für die deutsche Lebensmittelversorgung während des jetzigen Krieges, die Empfehlungen möglichster Sparsamkeit, Einschränkung der Spiritusbrennerei, bessere Ueberwinterungs- und Verwertungsmethoden, das alles hat in Kreisen der Landwirte übertriebene Begehrungsvorstellungen hervorgerufen, deren drastischer Ausdruck die Erklärung war (vergl. „Vorwärts" Nr. 278, 2. Beilage): Auf 10 Mark müssen wir sie rauftreiben. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß zahlreiche Landwirte und Güter in der Umgebung Berlins die Kartoffeln vorläufig ganz zurückhalten und die weitere Entwicklung der Preise abwarten.

Eigenartig berührt auch der Umstand, daß der deutsche Landwirtschaftsrat am selben Tage der obigen Berliner Notierung der roten Daber-Kartoffel mit 2,75—3,00 M. dieselbe Kartoffel in Stettin mit 3,80 M. pro Zentner notierte. Am 13. Oktober berichtete unser „Stettiner Volksblatt":

„Die Einkaufsmöglichkeit wird aber den Konsumenten kolossal erschwert durch ganz enorm hohe Preise. So kostet heute in Stettin der Zentner Kartoffeln bereits 4,00 M. und mehr! Dabei sind die Kartoffellager erst bis oben hin angefüllt worden. Welche Preise wird man den Konsumenten erst abverlangen, wenn noch einige Wochen ins Land gegangen sind? Vielfach weigern sich die Kartoffelproduzenten, überhaupt zu verkaufen; sie graben die Kartoffeln lieber ein und warten ab, bis noch höhere Preise genommen werden können."

Wer zweifelt wohl daran, daß die Landwirte und Großhändler ihre Kartoffeln jetzt nicht nach Berlin schicken, wenn sie schon in Stettin 25—30 Proz. mehr erhalten können. Damit ist der Charakter der Stettiner Notierung hinlänglich gekennzeichnet.

Die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, die Angestelltenverbände aller Richtungen haben in einer Ausschußsitzung am 13. Oktober Stellung genommen. In der Aussprache wurde dargelegt, daß die Preistreibereien leider durch die unverständliche Haltung eines Teils der Tagespresse und gemeindliche Behörden begünstigt würden. So habe man Mitteilungen über den mutmaßlichen Ausfall der diesjährigen Kartoffelernte, die gegenüber dem Vorjahre einen Minderertrag aufweise, in die Oeffentlichkeit gebracht, ohne darauf hinzuweisen, daß solche Schätzungen doch recht vager Natur seien und fast stets hinter den wirklichen Ergebnissen zurückblieben, — ohne ferner den durch Ausfuhrverbot, Trocknungs- und bessere Aufbewahrungs- und Verwertungsmethoden ermöglichten Ausgleich in Betracht zu ziehen. Dadurch sei in Konsumentenkreisen der Glaube erweckt worden, daß es nun die höchste Zeit sei, sich noch für den Winter mit Kartoffeln zu versorgen, und so hat die kolossal gesteigerte Nachfrage den Kartoffellieferanten für ihre Preistreibereien geradezu in die Hände gearbeitet. Es wurden auch Beispiele von Gemeinden angeführt, die in den letzten Tagen große Lieferungen von Kartoffeln mit enormen Aufschlägen, zu wahrhaften Kriegspreisen abgeschlossen hätten. Nur so lasse sich der Kartoffelwucher erklären, der zum Schaden der ärmeren, auf die Kartoffel in erhöhtem Maße angewiesenen Bevölkerung um sich gegriffen habe.

Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß gegen diesen Lebensmittelwucher sofort alle geeigneten Maß-

nahmen zu ergreifen sind. Man einigte sich, unverzüglich den Kommandeur der Marken um die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln im Groß- und Kleinhandel und um Zwangsmaßnahmen gegen die Zurückhaltung der Kartoffeln vom Markte zu ersuchen. Zu letzteren gehört ein gleichartiges Vorgehen in den an die Versorgung der Provinz Brandenburg beteiligten umliegenden Provinzen, damit die Höchstpreise für Groß-Berlin nicht zu einer Sperrung des hiesigen Marktes führen. Zugleich soll auch das Reichsamt des Innern um Schutzmaßnahmen gegenüber dem bereits eingetretenen Kartoffelwucher ersucht werden. Im weiteren sollen die Konsumentenkreise durch die Presse aufgeklärt werden, mit größeren Einkäufen zurückzuhalten, bis die sicher zu erwartende behördliche Regelung eingetreten sei, und sich bis dahin nur auf das allernotwendigste Quantum zu beschränken.

Wir dürfen erwarten, daß der verständige Teil des Publikums diese Bemühungen durch kluge Zurückhaltung unterstützt und den Lebensmittelverteurern nicht durch ein kopfloses Verhalten noch weiter in die Hände arbeitet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Das russische Communiqué.

Petersburg, 13. Oktober. (W. T. B.) Nach einem Communiqué des großen Generalstabes dauern die Operationen an der Front, die sich aus der Gegend von Warschau längs der Weichsel und des San bis nach Przemysl und weiter südlich bis zum Dniestr erstreckt, fort. In Ostpreußen ist keine Veränderung eingetreten.

Russischer Schwindel.

Amtlich. Berlin, 14. Oktober. (W. T. B.) Die St. Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet in neutralen Ländern, Deutschlands ungeheure Verluste zwängen die deutsche Regierung alle Befreiungsbestimmungen vom Militärdienst zu widerrufen. Da es dem deutschen Heere an Ausrüstungsgegenständen mangele, sei der Befehl erteilt worden, die Gefallenen ohne Uniformen und Stiefel zu begraben. Diese Behauptungen des der russischen Regierung nahestehenden Telegraphenbureaus sind erlogen.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Kämpfe in Galizien.

Wien, 14. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: In der Linie Stary—Sambor—Medyka sind befestigte Stellungen des Feindes; unsere Truppen greifen an. Diese Kämpfe nehmen an Ausdehnung zu.

In den Karpathen nahmen wir Toronya nach viertägigen Kämpfen und verfolgten die Russen gegen Wyskow. Kleinere erfolgreiche Gefechte mit zurückgehenden feindlichen Abteilungen fanden auch im Bissotale statt. —

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Generalmajor.

Der Seekrieg.

Russische Meldungen über vernichtete deutsche Unterseeboote.

Berlin, 14. Oktober. (W. T. B.) Das offizielle Petersburger Telegraphenbureau verbreitet die Nachricht des russischen Admiralstabes, wonach bei der Vernichtung der „Pallada" zwei deutsche Unterseeboote versenkt worden seien.

Die Mitteilung ist, wie wir an amtlicher Stelle erfahren, in jeder Hinsicht unzutreffend.

Dänische Stimmen über den deutschen Marine-Erfolg.

Kopenhagen, 13. Oktober. Aus Anlaß des Unterganges des russischen Kreuzers in der Ostsee schreibt „Ekstrabladet": Die Deutschen haben guten Grund zu triumphieren. Das Glück folgt ihnen, aber sie kommen nicht schlafend zu ihren Siegen. Während man beinahe überwältigt wird von den Begebenheiten zu Lande, wo die einzigartige deutsche Tüchtigkeit den Truppen des Kaisers Sieg auf Sieg gibt, muß man auch gleichzeitig die deutsche Aktivität zu Wasser bewundern, die bei der anscheinend völligen Untätigkeit der andern Flotten noch mehr hervortritt. Die Episode in der Ostsee zeigt, daß Deutschlands Gegner trotz ihrer eigenen großen Flotten guten Grund zur Nervosität haben.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Lage in Kamerun.

Amtlich. Berlin, 14. Oktober. (W. T. B.) Aus Kamerun liegt eine Meldung des Gouverneurs Ebermaier von Anfang September vor, wonach die Stimmung und Gesundheit der weißen Bevölkerung ausgezeichnet sind. Die Eingeborenen verhalten sich ruhig.

Die Vereinigten Staaten für den Frieden.

London, 14. Oktober. (W. T. B.) Die „Morning Post" meldet aus Washington: In den Vereinigten Staaten wächst die Stimmung für einen baldigen Friedensschluß, weil die Vereinigten Staaten vom Kriege so stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die „New York Times" schreibt: Unser Außenhandel ist zum großen Teil vernichtet, unser Innenhandel gedrückt, unsere Finanzen sind in Unordnung, unsere Börsen geschlossen. Wir protestieren ernstlich dagegen, daß uns so schwere Zeiten auferlegt werden.

Die belgische Regierung in Frankreich.

Bordeaux, 13. Oktober. (W. T. B.) Amtliche Meldung. Die belgische Regierung hat, um ihre Handlungsfreiheit zu sichern, beschlossen, sich nach Frankreich zu begeben. Alle Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers, haben sich heute vormittag in Ostende nach Le Havre eingeschifft, wo die französische Regierung alle zu ihrer Unterbringung nötigen Maßregeln getroffen hat. Der König ist an der Spitze seines Heeres geblieben.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Die „Agence Havas" meldet aus Bordeaux: Da die belgische Regierung in Belgien nicht mehr Freiheit genug besaß, um ihre Autorität auszuüben, so hat sie Frankreich um seine Gastfreundschaft gebeten und den Wunsch ausgedrückt, ihren Aufenthaltsort nach Le Havre verlegen zu dürfen. Die Regierung der Republik antwortete alsbald, daß sie, ebenso wie sie der französischen und belgischen Armee die gleiche Fürsorge angedeihen lasse, von ganzem Herzen die belgische Regierung aufnehmen werde und ihr volle souveräne Rechte bei der Ausübung ihrer Hoheit und ihrer Regierungspflichten zusichere. Der Marineminister hat sich nach Havre begeben, um die belgische Regierung zu empfangen. Das gesamte bei ihr beglaubigte diplomatische Korps und eine bestimmte Anzahl von Beamten werden sich nach Le Havre einschiffen. Die französische Regierung hat alle Maßnahmen ergriffen, um die belgischen Minister so gut wie möglich unterzubringen. Die Fragen des internationalen Rechtes, die durch diese Uebersiedelung aufgeworfen werden, sollen derart gelöst werden, daß sie unseren Verbündeten zur vollkommenen Genugtuung gereichen. Die belgische Regierung wird sich des Rechtes der Exterritorialität erfreuen, Portofreiheit und Vorrang im telegraphischen Verkehr genießen. Sie wird auch die Rechte genießen, welche von Italien dem Heiligen Stuhl im Garantiegesetz zugesichert wurden.

Kriegszustand in Südafrika.

Kapstadt, 13. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der Rebellion eines kleinen Kommandos unter der Führung des Burenobersten Maritz, welches gegen Damaraland vorrückt, ist für ganz Südafrika das Kriegsrecht verkündet worden. Die Unzufriedenheit ist rein lokaler Art.

Die Gründe.

Ein Londoner Telegramm der „Frankfurter Zeitung" gibt folgende Erklärung für den Aufsehen erregenden Vorfall:

Der Generalgouverneur der südafrikanischen Union hat nach einer Reutermeldung dem Staatssekretär der Kolonien folgendes Telegramm gesandt:

Seit der Entlassung des Generals Beyers als Kommandant des südafrikanischen Heeres zeigten sich verschiedene Tatsachen, die darauf hinauslaufen, daß unter den Truppen des Nordwestens der Kapprovinz Unruhen im Gange waren, die unter dem Befehl des Oberstleutnants Maritz entstanden. Die Regierung beschloß, ihn von seinem Kommando zu entheben. Der Major Ben Brouwer wurde in das Lager des Obersten Maritz entsandt, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen, doch Brouwer wurde bei seiner Ankunft durch Maritz gefangengenommen. Dann wurde Brouwer wieder in Freiheit gesetzt, aber man gab ihm ein Ultimatum mit, in dem gesagt wurde, daß — wenn die Regierung der Südafrikanischen Union ihm, Maritz, nicht vor Sonntag, den 11. Oktober, um 10 Uhr morgens, Garantien gegeben hätte, und wenn nicht den Generalen Herzog, Dewet, Beyers, Kemp und Müller die Erlaubnis gegeben werde, im Lager des Maritz mit ihm zu konferieren, er einen Angriff auf die Truppen des Oberst Britz unternehmen und in die Union eindringen werde. Der Major Brouwer erklärte, daß Maritz außer über seine eigenen Truppen noch über ein deutsches Kontingent (?) verfüge. Außerdem hat Maritz alle Offiziere und Soldaten verhaftet, die sich weigerten, sich an die Deutschen anzuschließen. Major Ben Brouwer gab Kenntnis von einem Abkommen, das Maritz mit dem Gouverneur der deutschen Kolonie von Südwestafrika getroffen und unterzeichnet hatte, in dem die Unabhängigkeit der Union als Republik garantiert wurde, im Tausch für die Walfischbai und andere Teile des englischen Grundbesitzes, die an Deutsch-Südwestafrika überlassen werden sollen. Ferner verpflichten sich die Deutschen, nur in das Gebiet der Südafrikanischen Union einzudringen, wenn Maritz darum ersuche. Maritz behauptet, genügend Waffen und genügend Munition zu haben. Die englische Regierung trifft die strengsten Maßregeln, und wird den Belagerungszustand über ganz Südafrika verhängen.

Zu diesem Telegramm gibt der „Telegraaf" folgenden Kommentar: Das Auftreten des Oberstleutnants Maritz kann auf den Verlauf der Geschehnisse in Südafrika großen Einfluß ausüben. Maritz gehört einer der ältesten südafrikanischen Familien an und genießt große Popularität. Er war als ein energischer Gegner der Engländer bekannt und weilte verschiedene Monate in Deutsch-Südwestafrika.

Das neutrale Holland.

Zürich, 14. Oktober. (T. U.) Eine holländische Persönlichkeit erklärte einem Vertreter des „Figaro" auf die Frage, ob nicht die Voraussetzung der holländischen Neutralität diejenige Belgiens sei, das sei nicht der Fall. Die Deutschen hätten kein Interesse daran, holländischen Boden zu betreten, dann aber sei auch die Verteidigung Hollands leichter zu führen. Das Schicksal Antwerpens interessiert, so erklärte der Holländer dem französischen Journalisten, in Holland mehr als dasjenige von Amsterdam. Wir werden unter allen Umständen zu verhindern suchen, daß die Kriegführenden einen Stützpunkt in unserem Hafen gewinnen, aber wir haben kein Interesse daran, den Ein- und Ausgang von Handelsschiffen von und nach Antwerpen zu verhindern.

Die russisch-persischen Grenzkämpfe.

Wien, 13. Okt. (W. T. B.) Die „Korrespondenz Rundschau" meldet aus Konstantinopel: Die Zusammenstöße zwischen den russischen Grenztruppen und den vordringenden Schachsewennen verlaufen sehr blutig und für die Russen verlustreich. Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet, daß sich auch im Gebiete von Kaleschin die antirussischen Kundgebungen häufen. Die von der Abgrenzungskommission in der Gegend von Baschkai und Sarai errichteten Grenzpfähle wurden herausgerissen. An der Grenze erscheinen zahlreiche Fidais, die gegen Rußland agitieren. In den Provinzen Gilan, Asserbeidschan und Chorassan wurden die russischen Bedeckungsmannschaften von den Gouverneuren aufgefordert, abzuziehen. Die außerordentliche Session des Medschlis, die dieser Tage zusammentritt, wird in dieser Hinsicht wichtige Beschlüsse fassen.

Das Elend der Zivilbevölkerung.

In der sozialdemokratischen Presse sind viele Feldpostbriefe veröffentlicht worden, die das Erbarmen ihrer Verfasser mit der vom Kriege betroffenen Zivilbevölkerung lebhaft zum Ausdruck bringen. Daß solche Empfindungen echter Menschlichkeit indessen nicht nur auf die der Sozialdemokratie nahestehenden Kriegsteilnehmer beschränkt, sondern ganz allgemein sind, zeigt ein Brief eines süddeutschen Artillerieoffiziers, den die konservative „Kreuzzeitung" veröffentlicht. Darin heißt es:

> Mitleid erfaßt einen immer wieder, wenn man die unglücklichen Einwohner einer überlegten und ausfuragierten Ortschaft erblickt. So lange wir hier sind, werden sie teilweise durch unsere Leute mitgefüttert, und das wird voraussichtlich geschehen, so lange auf weiteren Durchmärschen deutsche Truppen hier Quartier beziehen. Was aber dann? Und ist es nicht ein jammervolles Los und Dasein, im eigenen Lande so der Gnade des Feindes ausgeliefert zu sein und mit den Brosamen vorlieb nehmen zu müssen, die von seiner Tafel abfallen, gedeckt mit den eigenen Feld- und Gartenfrüchten und besetzt mit dem Braten vom eigenen Vieh der französischen Bauern! — Möge der Herrgott unser Vaterland in Gnaden bewahren, ein solches Elend je wieder auskosten zu müssen.

Durch die Verwendung von Millionenheeren und die Vergrößerung des Kriegsschauplatzes ist naturgemäß die Verwüstung durch den Kampf viel riesenhafter, die Menge der durch den Krieg in Elend geratenen Nichtkämpfer viel gewaltiger geworden als je zuvor. Das ist der Weltkrieg, er ist um nichts weniger schrecklich, als ihn die Phantasie des Romanschreibers geschildert hat.

Fürsorge für die Hinterbliebenen der Soldaten in England.

Ein Pfund die Woche! (Zwanzig Mark pro Woche) — unter diesem Schlagwort hat, wie schon mitgeteilt, die Parlamentarische Arbeiterpartei eine lebhafte Agitation für die Hergabe von Staatsmitteln zugunsten der Soldaten und deren Familien eingeleitet. Die an den Premierminister gerichtete Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Wir, die unterzeichneten Mitglieder des Parlaments, haben den dringenden Wunsch, Ihnen unsere tiefste Besorgnis bezüglich der Zukunft der Angehörigen unserer im Felde getöteten und verwundeten Soldaten zu unterbreiten. Diese Besorgnis wird von einem sehr großen Teil der Bevölkerung geteilt.

Das Schauspiel, daß verwundete Soldaten oder deren Angehörige genötigt waren, ins Arbeitshaus zu gehen oder zu betteln, ist in der Vergangenheit ein so häufiges gewesen, um vergessen zu sein. Wir als die Vertreter der Arbeiterbewegung verweisen auf die Bereitwilligkeit, mit der die Bevölkerung dem Rufe, das Vaterland zu verteidigen, gefolgt ist und wenden uns deshalb vertrauensvoll an die Regierung, Großmut walten zu lassen denjenigen gegenüber, die hilflos sind.

Wir sind überzeugt, daß die Angelegenheit bereits in Erwägung gezogen ist; aber wir fordern, daß ein Beschluß gefaßt und so schnell als möglich bekanntgegeben werde, damit die gegenwärtig bestehende Beunruhigung schwinde."

Es ist nicht viel, so bemerkt hierzu „Daily Citizen", was hier von der Regierung eines so reichen Landes wie das unsere verlangt wird.

Die schwedische Parteipresse über die Teilnahme an der Regierung.

Uns wird geschrieben:

Während unser schwedisches Hauptparteiblatt „Socialdemokraten" sich damit begnügt, den jüngst mitgeteilten Beschluß des Parteivorstandes wiederzugeben und nur einige sachlichen Aufklärungen über das Zustandekommen desselben beifügt, nimmt die übrige Parteipresse zu dem Beschlusse selbst Stellung. Der von dem Parteivorstande empfohlenen Teilnahme an der Regierung stimmen rückhaltslos nur die drei auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stehenden Blätter zu, nämlich „Oerebro-Kurier", Oerebro, „Skanske Socialdemokrat", Helsingborg, und „Ny Tid", Götheburg. Das letztere Blatt hat aber noch vor zwei Wochen den „Ministersozialismus" rundweg abgelehnt und ganz unvermittelt seinen Standpunkt geändert.

Der allergrößte Teil der Parteipresse lehnt die Teilnahme an der Regierung ab. Ein größerer Teil steht ihr nicht prinzipiell feindlich gegenüber, hält sie aber gegenwärtig nicht für ausführbar, und zwar mit folgender Begründung: Die konservativ-liberale Mehrheit des scheidenden Reichsrates hat soeben die sehr bedeutende — von unserer Partei scharf bekämpfte — Erhöhung des Heer- und Flottenbudgets beschlossen, ohne die Deckungsfrage zu erledigen. Dies wird durch neue Steuern geschehen müssen. Uebernimmt die Partei die Regierung oder auch nur die teilweise Verantwortung für diese, so müßte ihre erste Tat die Schaffung der neuen Steuern für jene militärischen Mehrforderungen sein, die die Partei restlos bekämpft hat — eine sehr undankbare Aufgabe, weil dann an neue Steuern für sozialpolitische Reformen auf lange Zeit hinaus nicht zu denken wäre.

Ein anderer Teil der Parteipresse lehnt ein Zusammengehen mit den Liberalen zur Bildung der Regierung mit Rücksicht auf die Haltung der Liberalen ab. Deren Hauptorgan „Dagens Nyheter" hat nämlich erklärt, daß die logische Deutung des Beschlusses des Parteivorstandes nur sein kann, daß eine homogene sozialdemokratische Regierung ein Aktionsprogramm vorlegt, welches es der liberalen Partei ermöglicht, die sozialdemokratische Regierung loyal zu unterstützen, aber es sei nicht daran zu denken, daß die liberale Partei Forderungen unterstützt, die sie ihrem Programm gemäß bekämpfte, kurz: Die sozialdemokratische Partei solle liberale Politik treiben. Aus diesem Grunde hält jener Teil der Parteipresse auch bloße Verhandlungen mit den Liberalen für aussichtslos. Eine sehr eingehende und überzeugende Kritik der liberalen Haltung bringt namentlich unser Parteiblatt in Landskrona „Smaalands Folkblad" und das in Mittelschweden sehr einflußreiche „Arbedare-Bladet" in Gäffle, und sogar der sonst ausgesprochen revisionistische „Arbetet" in Malmö.

Die Parteipresse des Nordlandes verhält sich gegen die Teilnahme an der Regierung aus prinzipiellen Gründen vollständig ablehnend, besonders scharf vertritt diesen Standpunkt die „Nya Samhället" in Lundsvall. Vollständig ablehnend verhält sich auch das Blatt des „Jugendverbandes" (des radikalen Flügels der Partei) „Stormklocken". Der Stellung dieser Gruppe kommt jetzt mehr Bedeutung bei als früher, da ihre beiden Führer Z. Högland, Stockholm, und Vennenström, Solleftea, jetzt in den Reichsrat gewählt wurden, dem auch der ihnen nahestehende Redakteur des Eisenbahnerfachblattes C. Winberg wieder angehört.

Wenn die Parteipresse die Stimmung der Partei getreu widerspiegelt, hat der Vorschlag des Parteivorstandes wenig Aussicht, vom Kongresse gutgeheißen zu werden.

Von der Feldpost.

Zwei sehr erfreuliche Nachrichten gibt die Leitung der Feldpost an das Publikum. Den Beschwerden, die sich auf die Erhebung von Strafporto bei Briefen aus Lazaretten und anderen Soldatenaufenthaltsorten im Inlande bezogen, ist nachgegeben worden. Im Auftrage des Staatssekretärs Kraetke ging einem hiesigen Blatte folgende Mitteilung zu:

„Der Redaktion beehre ich mich unter Rücksendung der vorgelegten Zuschriften mitzuteilen, daß ich die Postanstalten bereits am 12. Oktober angewiesen habe, Feldpostsendungen, die nicht in der in der Feldpostdienstordnung vorgeschriebenen Weise gekennzeichnet sind, nur dann mit Porto zu belasten, wenn ein offenbarer Mißbrauch vorliegt. Danach ist anzunehmen, daß Fälle, wie die in den Anlagen zur Sprache gebrachten, nicht mehr vorkommen werden."

Und ferner: dem sehnlichen Wunsch so vieler, ihren Lieben im Felde größere Pakete senden zu können, soll gleichfalls Rechnung getragen werden. In der Zeit vom 19. bis 26. Oktober, so wird bekannt gemacht, nehmen die Postanstalten Pakete bis zu fünf Kilogramm mit Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken an die Angehörigen des Feldheeres an. Die Verpackung muß fest und sehr dauerhaft sein. Am geeignetsten sind Holzkisten oder ganz starke Pappkartons oder Säckchen aus fester Leinwand, das Ganze am besten umhüllt mit Oelpapier und fest verschnürt. Die Pakete müssen mit der genauen Adresse des Empfängers unter Angabe der Kompagnie usw., des Regiments, der Division, des Armeekorps versehen sein und die Aufschrift des zuständigen Paketdepots tragen. Solche befinden sich für Angehörige des Gardekorps in Berlin, 1. Armeekorps in Königsberg i. Pr., 2. in Stettin, 3. in Brandenburg a. H., 4. in Magdeburg, 5. in Liegnitz, 6. in Breslau, 7. in Düsseldorf, 8. in Koblenz, 9. in Hamburg 7, 10. in Hannover, 11. und der belgischen Besatzungstruppen in Kassel, 12. (1. Kgl. Sächs.) in Dresden, 13. (Kgl. Württ.) in Stuttgart, 14. in Karlsruhe i. Baden, 15. in Straßburg i. E., 16. in Metz, 17. in Danzig, 18. in Frankfurt a. M., 19. (2. Kgl. Sächs.) in Leipzig, 20. in Elbing, 21. in Mannheim, Schlesischen Landwehrkorps in Breslau, 1. Kgl. Bayerischen Armeekorps in München, 2. in Würzburg und 3. in Nürnberg.

Die Zulassung solcher Paketsendungen wird nicht nur dem Publikum hoch willkommen sein, sondern, wie wir annehmen, auch der Feldpost selbst statt einer Vermehrung ihrer Arbeit eine Erleichterung bringen. Denn viele übten bislang die Praxis, jeden Tag eines oder gleich mehrere kleine Päckchen abzusenden, um durch viele kleine Sendungen eine größere zu ersetzen. Die Zahl der Sendungen wird nach Einführung der Pakete zweifellos beträchtlich zurückgehen, damit aber auch die umständliche Arbeit der Adressenfeststellung, des Sortierens usw. Wir möchten sogar glauben, daß die Zulassung der Paketsendung der Post so wohl behagen wird, daß sie aus der vorübergehenden eine dauernde Einrichtung macht.

Politische Uebersicht.

Arbeitslosenunterstützung.

In zwei Artikeln hat sich das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", wieder einmal mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt, den guten Willen der verantwortlichen Behörden, der Arbeitslosigkeit nach Kräften entgegenzuwirken, versichert und noch einmal die bereits getroffenen und schon mehrfach erwähnten Maßnahmen, vornehmlich bestehend in einer möglichst umfangreichen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, kurz zusammengefaßt.

Es ist auch von uns schon mehrfach anerkannt worden, daß mancherlei Nützliches geschehen ist, um der Arbeitslosennot entgegenzuwirken; es ist aber auch ebenso oft betont worden, daß das bisher Angeordnete und Geleistete auf die Dauer nicht genügen kann. Es muß vor allem auch hinreichend gesorgt werden für diejenigen, die nach Beruf, Geschlecht und Körperbeschaffenheit für die Notstandsarbeiten nicht in Betracht kommen und die auch sonst keine Beschäftigung finden. Die Mittel der Gemeinden allein können hier nicht hinreichen; auch muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitslosen in allen Orten und ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Anwesenheit an einem Orte erfaßt werden. Es ist also nötig, daß Reich und Staat neben Notstandsarbeiten und gutgemeinten Ratschlägen, Weisungen usw. auch größere Summen bereit stellen, um — womöglich gemeinsam mit den Gemeinden — eine weitgreifende Unterstützung aller Erwerbslosen, die keine passende Beschäftigung finden können, durchzuführen.

Hierüber aber findet sich leider in den beiden Artikeln der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" keine Andeutung. Hier klafft also eine Lücke, die unbedingt ausgefüllt werden muß.

Wenn die Regierung es nicht für erforderlich hält, von sich aus mit bestimmten Vorschlägen und Anträgen vor das Volk zu treten, so wird man von den Vertretern des Volkes in den Parlamenten wohl erwarten dürfen, daß sie die Initiative ergreifen. Vielleicht bietet die bevorstehende Kriegstagung des Landtags schon die Gelegenheit, um sich mit der Frage zu beschäftigen. Man hat wiederholt die Hoffnung ausgesprochen, daß sie einen würdigen Verlauf nimmt. Diesen Eindruck würden weite Kreise des Volkes am besten dann gewinnen, wenn ohne lange Debatten beschlossen würde, eine angemessene Summe für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung bereitzustellen.

Das schließt nicht aus, daß dann auch der Reichstag so bald als irgend möglich eine Vorlage berät, die auf breiterer Basis die Frage der Arbeitslosenunterstützung regelt, vielleicht, wie schon wiederholt angedeutet, unter Aufbringung der Kosten durch eine Besteuerung des Kriegsgewinns.

In jedem Falle heißt es: Beizeiten rüsten! Je länger wir zögern, desto schwerer muß es werden, das Versäumte nachzuholen.

Zuweisung von Hebammenscheinen keine Armenunterstützung.

Auf vielfache Anfragen, ob die unentgeltliche Zuweisung einer verlangten Hebamme als Armenunterstützung betrachtet werde und den Verlust der öffentlichen Rechte für den Ehemann zur Folge habe, hatten unsere Genossinnen eine entsprechende Eingabe an das Reichsamt des Innern gerichtet. Darauf hat dieses nun die Verbündeten Regierungen ersucht, Anweisungen zu geben, daß die Ausstellung eines Hebammenscheines für die Frauen der Krieger und der Arbeitslosen als Armenunterstützung nicht behandelt werden darf.

Das Reichsamt verweist dabei auf eine Veröffentlichung des Reichskanzlers, die am 21. August in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erfolgte. Darin heißt es: „Die Behebung einer einmaligen Notlage ist nach dem Reichsgesetz vom 15. März 1909 als Armenunterstützung, die den Verlust der öffentlichen Rechte im Gefolge hat, nicht anzusehen. Die durch den Krieg eingetretene Arbeitslosigkeit ist als eine solche Notlage zu betrachten und die Gewährung von Unterstützungen, selbst wenn sie wiederholt erfolge, ist der Armenunterstützung nicht gleichzuachten."

Das gleiche gilt von der Ausstellung der Hebammenscheine.

Mit dieser Verfügung ist eine arge Beunruhigung von den minderbemittelten Frauen genommen, die in einen schweren Gewissenskonflikt kommen bei dem Gedanken: Wir bringen unsere Männer um das Wahlrecht, wenn wir uns für die Entbindung eine sachgemäße Hilfe sichern.

Die Militärbehörde gegen Gehaltskürzungen.

Der stellvertretende kommandierende General des VII. Armeekorps in Essen macht bekannt:

„Es ist mir ein Erlaß des Gouverneurs von Metz zur Kenntnis gekommen, den ich seiner Bedeutung wegen in der Hauptsache wiederzugeben mich veranlaßt sehe. Das Gouvernement hat in Erfahrung gebracht, daß einzelne Geschäftshäuser verabredet haben, während der Kriegszeit ihren Angestellten, die sie weiterbeschäftigen, nur die Hälfte des bisherigen Gehalts zu zahlen und die Angestellten sich in ihrer Notlage diesen Bedingungen haben fügen müssen. Abgesehen davon, daß das ganze Verhalten dieser Firmen ungesetzlich ist, werden dieselben darauf aufmerksam gemacht, daß, falls die Angestellten nicht ihr volles Gehalt, und zwar auch für die verflossene Zeit, ausbezahlt erhalten, der gesamte Güterverkehr für die in Frage kommenden Geschäfte unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen gesperrt wird. Auch mir sind in der letzten Zeit aus den Kreisen kaufmännischer Angestellter vielfach Klagen über ein ähnliches Verhalten von Firmen zu Ohren gekommen. Wenn ich dieses Verfahren aufs entschiedenste verurteile, so habe ich bislang doch nicht verallgemeinern wollen und mich deshalb nicht entschließen können, eine ähnliche Strafbestimmung zu erlassen, vielmehr habe ich in allen Fällen durch gütliche Verhandlungen ein Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erzielen versucht und fast immer auch erreicht. Diesen Weg bin ich deshalb gegangen, weil ich nicht bloß der unzweifelhaft vorhandenen schwierigen Lage der Arbeitgeber Rechnung tragen wollte, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß die meisten Arbeitgeber die Interessen ihrer Angestellten als ihre eigenen ansehen und es deshalb für ihre Pflicht erachten, die durch den Krieg hervorgerufene Notlage gemeinsam mit ihnen zu tragen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeitgeber auch für die Folge nach Möglichkeit in diesem Sinne handeln werden."

Ueber die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer behördlichen Einwirkung auf solche Unternehmer, die sich die Not der Angestellten zu einer unanständigen Bereicherung zunutze machen wollen, braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt zu werden. Hoffentlich haben die verantwortlichen Stellen fortan überall ein offenes Auge auf die Angestelltenbehandlung mancher Geschäfte. Das ist sicherlich eine sehr schwierige und auch nicht immer zureichende Kontrolle, immerhin aber kann sie manches Gute bewirken.

Professor Quidde wehrt sich.

Herr Professor Quidde, der liberale bayrische Landtagsabgeordnete, sollte sich bei seinem Aufenthalt im Haag in einer Unterredung mit dem Redakteur eines holländischen Blattes für einen baldigen Friedensschluß und ein Entgegenkommen Deutschlands eingesetzt haben. Das hatte bei manchen Leuten große Entrüstung hervorgerufen, und einer seiner eigenen Parteifreunde, der Abg. Dr. Goldschmidt, hatte in einer Zuschrift an eine Münchener Zeitung nichts mehr und nichts weniger verlangt, als einen Ausschluß Quiddes von aller fürderen parlamentarischen Tätigkeit. — Jetzt erklärt nun Professor Quidde in einer anderen Münchener Zeitung, die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen gar nicht getan zu haben. Sein Aufenthalt im Haag habe auch überhaupt nicht die Absicht verfolgt, dort für den Frieden zu wirken.

Verbot des freireligiösen Unterrichts in Nürnberg.

In einer Zeit, wo ein so großer Wert darauf gelegt wird, die Einigkeit des deutschen Volkes nach jeder Richtung hin zu dokumentieren, hat die mittelfränkische Kreisregierung es doch nicht unterlassen können, einen Erlaß in Kraft zu setzen, den die bayerische Staatsregierung kurz vor Ausbruch des Krieges trotz vielen Widerstandes auf fortgesetztes Drängen der Zentrumspartei erließ: Es handelt sich um den freireligiösen Moralunterricht in Nürnberg, der schon im Jahre 1867 von der Regierung selbst angeregt und 1870 von der Stadt Nürnberg eingerichtet wurde. Gegen diese Einrichtung führte die Zentrumspartei seit Jahren einen heftigen Kampf und erreichte endlich auch bei der derzeitigen Regierung, daß der Unterricht verboten und der Stadtgemeinde untersagt wurde, der freireligiösen Gemeinde weiterhin Unterrichtsräume zur Verfügung zu stellen und an den Lehrer der Gemeinde eine Vergütung für den Unterricht zu bezahlen. Die Freireligiöse Gemeinde hatte gegen die Verfügung Einspruch erhoben und erklärt, daß sie eine strafrechtliche Austragung der Sache herbeiführen werde. Der Magistrat hatte daraufhin angefragt, ob mit Rücksicht auf die genannte Eingabe darauf bestanden werde, daß der freireligiöse Sittenunterricht zwangsweise einzustellen sei. Darauf erklärte jetzt die Regierung, daß die Stadt alle Maßnahmen zu treffen habe, um die Verfügung des Staatsministeriums in Vollzug zu bringen; vor allem sei sofortige Vorkehrung dahin zu treffen, daß die weitere Benutzung von Räumlichkeiten der Volksschule durch die Freie Gemeinde unterbleibe und eine Vergütung an den Lehrer nicht mehr erfolge. Der Magistrat nahm die Entschließung einfach zur Kenntnis, nachdem die Führer der sozialdemokratischen, freisinnigen und nationalliberalen Fraktionen, sowie der demokratische Vertreter Erklärungen abgegeben hatten, in denen sie gegen diesen Schlag gegen die Gewissensfreiheit in einer Zeit, wo aller politische und konfessionelle Hader schweigt, protestieren.

Staatsbeihilfe für Viehbesitzer.

Die Landwirtschaftskammern haben die Vermittelung von Staatsdarlehen an solche Landwirte übernommen, die ihre Viehbestände ergänzen wollen und gewisse Verpflichtungen zur Durchhaltung ihres Viehes eingehen. Der preußische Minister für Landwirtschaft hat einen größeren Kredit für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um zinslose Darlehen. Alle Hilfsmaßnahmen beziehen sich auf Rinder und Schweine, aber nur auf Zucht- und Magervieh. Alles Zucht- und Magervieh, dessen Durchfütterung dem jetzigen Besitzer nicht möglich ist, soll anderen Züchtern und Mästern, die hinreichende Futtervorräte haben, überwiesen werden. — Diese Maßnahmen deuten darauf hin, daß von den Landwirten seit dem Kriegsausbruch doch in erheblichem Maße nicht schlachtreife Ware abgestoßen worden ist.

Der Prozeß Princip.

Sarajewo, 14. Oktober. (W. T. B.). Im weiteren Verhöre erklärte Cabrinowic, für seinen Anschlag sei die Ueberzeugung maßgebend gewesen, daß der Erzherzog-Thronfolger der Verwirklichung der Idee der Vereinigung aller Slawen durch die Lostrennung der von Serben bewohnten und zu Oesterreich-Ungarn gehörenden Provinzen entgegenstehe und deshalb vernichtet werden müsse. Der serbisch-nationale Verein Narodna Odbrana habe nach seiner Kenntnis die Vereinigung aller Serben im Wege der Revolution zum Ziele gehabt. Ein gleiches Ziel habe auch der Belgrader Studentenverein Omladost verfolgt, und zwar im Wege eines Krieges mit Oesterreich-Ungarn. Cabrinowic wußte auch, daß in Bosnien revolutionäre Organisationen bestehen, welche im Falle eines Krieges mit Serbien einen Aufstand zugunsten Serbiens erregen sollten. Schließlich behauptete Cabrinowic, daß er nicht die Absicht gehabt habe, auch die Herzogin von Hohenberg zu treffen. Ueberhaupt bereue er angesichts der fürchterlichen jetzigen Folgen, sich in das Attentat eingelassen zu haben.

Der alsdann vernommene Angeklagte Princip erklärte, die Tat nicht zu bereuen. Er sei kein Verbrecher und habe nur das Böse beseitigen wollen. Auch er habe die Herzogin von Hohenberg nicht töten wollen. Dies sei nur zufällig geschehen. Im Belgrader Gymnasium sei er überzeugter serbisch-radikaler Nationalist geworden. Oesterreich haßte er, weil er von ihm Böses für die Südslawen erwartete. Deshalb beschloß er, zusammen mit Cabrinowic und Grabec den Erzherzog Franz Ferdinand zu töten, den er als die größte Gefahr für die Vereinigung der Serben und Südslawen überhaupt unter serbischer Vorherrschaft betrachtet habe. Serbiens Mission sei, Bosnien und die Herzegowina von Oesterreich loszureißen. So denke jeder anständige Serbe. Uebrigens benahm sich Princip sehr reserviert und antwortete größtenteils ausweichend und sichtbar bestrebt, niemanden zu belasten. Princip schilderte sodann, wie er und seine Genossen in den Besitz von Browningpistolen gelangt seien, wobei er angab, daß diese von dem serbischen Major Tankosi gekauft seien. Princip gab auch zu, daß er von Ciganovic, der als Komitatschiführer für Narodna Odbrana arbeitete, eine Empfehlung an den serbischen Major Popovic in Losnica erhielt. Letzterer empfahl Princip und seine Genossen dem Grenzhauptmann. Von Losnica wurden er und Grabec durch serbische Finanzaufseher über die Drina nach Bosnien gebracht. Cabrinowic dagegen begab sich mit der Empfehlung und der Hilfe des oben erwähnten Grenzhauptmanns über Kleinzornik nach Bosnien. Diese Teilung der Verschwörer erfolgte aus Vorsicht, denn Cabrinowic wollte Princip früher nicht gekannt haben. Er begegnete ihm angeblich zufällig und weihte ihn später in die Sache ein. Princip gab schließlich an, von Belgrad im Anfang Mai an Ilic geschrieben zu haben, daß gegen den Erzherzog in Sarajewo ein Attentat verübt werden würde und daß Princip Waffen beschaffen werde. Ilic solle in Sarajewo Genossen werben.

Die Lage in Mexiko.

Frankfurt a. M., 14. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus New York: Zapata ist in die Stadt Mexiko eingezogen, er zog sich aber nach eintägen Kämpfen wieder zurück. Die Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien dauern an, doch ist das Ergebnis zweifelhaft.

Letzte Nachrichten.

Nach dem Fall Antwerpens.

Amsterdam, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) „Telegraaf" schildert Konflikte, die sich nach dem Fall Antwerpens zwischen der belgischen Nachhut und Antwerpener Bürgern bei dem Grenzdorfe Selzaete abspielten. Die Bürger flehten die Soldaten an, doch keinen Widerstand mehr zu leisten; sie schrien: „Warum flieht ihr nicht wie die anderen?"

Holland und die belgischen Flüchtlinge.

Amsterdam, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die holländische Regierung wird auf Grund einer Vereinbarung mit Deutschland eine Kundgebung wegen schneller Rücksendung der Antwerpener Flüchtlinge veröffentlichen. Vorläufig zeigen aber die Geflüchteten wenig Lust zur Rückkehr, was Holland in eine sehr kritische Situation bringt. Die Ernährung von 280000 Flüchtlingen und 30000 internierten Soldaten wird dem kleinen Lande auf die Dauer unmöglich. Es herrschen schreckliche hygienische Zustände; in Rosendaal, wo in einer Fabrik 2000 Menschen untergebracht sind, ist bereits ein Notlauffall vorgekommen.

Der Burenaufstand in Südafrika.

Amsterdam, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die englische Presse erklärt, der Aufstand in Südafrika sei nicht ernsthaft. Mit von deutschen Agenten angestifteten Ruhestörungen müsse immerhin gerechnet werden. General Botha wußte, daß Maritz vor Monatsfrist von den Deutschen Kanonen erhielt. Der Zwischenfall werde die Engländer noch enger zusammenschließen. Creswell, der Leiter der südafrikanischen Arbeiterpartei, habe sich für den Frontdienst zur Verfügung gestellt. Daß das Verhalten von Maritz aber tatsächlich nicht so leicht genommen wird, beweist die heutige Meldung der „Times" aus Salisbury, wonach das Truppenaufgebot aus Rhodesia, das heute nach England abgehen sollte, vorläufig in Südafrika zurückbehalten wird.

Der Reichskanzler in Brüssel.

Brüssel, 14. Oktober. (W. T. B.) Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist in Begleitung des Chefs des Zivilkabinetts des Kaisers v. Valentini, des Gesandten v. Treutler und des Botschaftsrats v. Mutius heute mittag hier eingetroffen.

Das Programm des neuen italienischen Kriegsministers.

Basel, 14. Oktober. (W. T. B.) Die „Baseler Nachrichten" melden aus Rom: Das einzige Programm Zupellis wird sein, Italiens Heer so schnell wie möglich bereit zu machen, damit es jeden Augenblick in den Krieg eingreifen kann. —

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 50 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Garde-Reservekorps. Feldgendarmerietrupp; 10. Reservekorps, Stab; 1. und 13. Res.-Div., Stab; 20. Inf.-Brig., Stab; Garde-Füs.-Reg.; 5. Bat. der Garde-Ersatz-Brig.; Gren.-Reg. Nr. 1; Res.-Inf.-Reg. Nr. 3; Gren.-Reg. Nr. 5; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7; Gren.-Reg. Nr. 11; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 22; Inf.-Reg. Nr. 24; Res.-Inf.-Reg. Nr. 24; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 24; Inf.-Regimenter Nr. 26, 30, 31; Res.-Inf.-Reg. Nr. 32; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 35; Füs.-Regimenter Nr. 36, 38; Res.-Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Reg. Nr. 41; Brigade-Ersatzbat. Nr. 41; Inf.-Reg. Nr. 43; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 46; Inf.-Regimenter Nr. 48, 49, 51; Res.-Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-Regimenter Nr. 54, 55; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 59, 60; Inf.-Reg. Nr. 61; Res.-Inf.-Reg. Nr. 65; Inf.-Reg. Nr. 66; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 66, 71; Inf.-Reg. Nr. 72; Füs.-Reg. Nr. 73; Inf.-Regimenter Nr. 78, 88; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.-Reg. Nr. 98; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 109; Res.-Inf.-Reg. Nr. 110; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 110; Inf.-Reg. Nr. 114; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 116; Res.-Inf.-Reg. Nr. 118; Inf.-Regimenter Nr. 135, 144; Königs-Inf.-Reg. Nr. 145; Inf.-Regimenter Nr. 151, 165, 166, 167; Landsturmbat. Liegnitz; 2. Landsturmbat. I Trier; Jägerbat. Nr. 10; Res.-Jägerbat. Nr. 11.

9. Kav.-Div., Nachrichtenabt.; 2. Garde-Ulanen-Reg.; Kür.-Reg. Nr. 4; Res.-Drag.-Regimenter Nr. 2, 4; Drag.-Reg. Nr. 19; Hus.-Regimenter Nr. 3, 4, 5, 6; Res.-Hus.-Regimenter Nr. 6, 8; Ulanen-Regimenter Nr. 2, 5, 7; Res.-Jäger-Reg. zu Pferd Nr. 1; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 11; Kav.-Ersatzreg. des 6. Armeekorps; Kav.-Abt. der gemischten 41. Ersatzbrig.; 8. Landsturm-Eskadron des 2. Armeekorps.

Feldart.-Reg. Nr. 6; Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 7, 9; Feldart.-Reg. Nr. 19; Res.-Feldart.-Reg. Nr. 19; Feldart.-Regimenter Nr. 21, 23, 36; Res.-Feldart.-Reg. Nr. 36; Feldart.-Regimenter Nr. 39, 45, 46, 50, 54, 58, 72, 81; Ueberplanmäßige 2. Landwehr-Batterie des 11. Armeekorps.

Fußart.-Regimenter Nr. 16, 18; Res.-Fußart.-Reg. Nr. 20.

Pion.-Bataillone Nr. 4, 9; Pion.-Reg. Nr. 20; Pion.-Bat. Nr. 27.

Fernsprech-Abt. des 7. Armeekorps; Festungs-Fernsprech-Abt. Straßburg i. E.

Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 7. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 3 des 8. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 3 des 11. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 2 des 15. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 1 des 18. Armeekorps; Res.-San.-Komp. Nr. 18 des 18. Reservekorps.

Res.-Feldlazarett Nr. 66 des 18. Reservekorps.

* * *

Die Verlustliste Nr. 29 der sächsischen Armee enthält Verluste des Brigade-Ersatz-Bataillons Nr. 47, der Infanterie-Regimenter Nr. 102, 104, 106, 133, 181 und 183, des Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 102, des Res.-Husaren-Reg., des Feldart.-Reg. Nr. 32, des Stabes der Feldart.-Brigade Nr. 32, des Pionier-Bataillons Nr. 12, der Fernsprech-Abt. Nr. 19, der 3. Art.-Munitionskolonne der I. Munitionskolonnen-Abt. des 19. Armeekorps.

Die Verlustliste Nr. 34 der württembergischen Armee bringt Verluste des Grenadier-Reg. Nr. 119 und des Inf.-Reg. Nr. 126.

Aus Industrie und Handel.

Die Wirtschaftskrise in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben: In dem Quartal Juli, August, September sind die Einnahmen des italienischen Staates gegenüber dem Vorjahre um 26½ Millionen zurückgegangen. So bedeutend der Ausfall ist, so gibt er doch kaum eine annähernde Vorstellung von der tatsächlichen Notlage. Die erste und überragende Ursache dieser Notlage liegt im Zurückziehen des Kapitals aus der Zirkulation. Der Mangel an Kapital, der durch das Moratorium noch vermehrt wird, lähmt auch große und leistungsfähige Firmen. Während man sich in den ersten Tagen nach der Kriegserklärung fatalistisch in das Unglück ergab, fängt man jetzt an, sich an die neue Situation anzupassen. Der Handelsminister hat die Vertreter der Handelskammern der größten italienischen Städte nach Rom berufen und mit ihnen über die Mittel beraten, der heutigen Krise zu begegnen. Es ist dabei in erster Linie die dringende Notwendigkeit betont worden, dem Handel und der Industrie Kapitalien zur Verfügung zu stellen, die nicht, wie die der letzten Emission, von ihrem Zweck abgelenkt werden können. Es wurde beschlossen, sofort ein Konsortium der Emissionsbanken zu bilden, das mit den Kapitalien einer neuen Emission auf lagernde oder auf dem Transport befindliche Waren ohne Formalitäten Vorschüsse gewährt. Weiter wurde die Frage der Wiederbelebung des italienischen Außenhandels ins Auge gefaßt und die probeweise Einrichtung von sechs neuen Schiffahrtslinien vorgeschlagen, von denen drei von Venedig nach den Vereinigten Staaten, nach England und nach Brasilien, drei andere von Genua nach dem Stillen Ozean, nach Kalkutta und nach Schanghai gehen sollen.

Eine große Schwierigkeit erwächst der italienischen Ausfuhr auch durch die Bestimmung, die bei den meisten Lebensmitteln, so namentlich bei Reis, Teigwaren und Käse die Menge der Ausfuhr pro Monat festsetzt. An Reis und Käse darf nur soviel ausgeführt werden, wie in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, an Teigwaren nur die Quantität, die durch Einfuhr von hartem Weizen gedeckt wird. Daraus erwachsen unglaubliche bureaukratische Schwierigkeiten und eine beständige Jagd der Exportfirmen um Monopolisierung der disponiblen Menge. Die englische Presse spricht viel von den Handelsvorteilen, die Holland aus seiner Neutralität erwachsen sollen. In Italien ist von diesen Vorteilen wirklich nichts zu spüren. Alles liegt danieder: die Ersparnisse der Auswanderer bleiben aus; statt ihrer sind die arbeitslosen Auswanderer selbst zurückgekommen; von Fremdenverkehr keine Rede, die meisten Geschäfte schränken ihr Personal ein, viele Luxusgeschäfte schließen und ein großer Teil aller Fabriken hat längst halbe Arbeitsschichten eingeführt. Da große öffentliche Arbeiten im Gange sind, leiden die Erdarbeiter und Bauarbeiter am wenigsten unter der Krise. Von ihr unberührt bleibt bis jetzt nur die Beamtenschaft, da von einer Steigerung der Lebensmittelpreise bis jetzt wenig zu spüren ist. Wenn in den meisten Orten Brot, Teigwaren, Eier aufgeschlagen sind, so sind die Fleischpreise die gleichen geblieben und die Preise für Gemüse und Obst nicht unwesentlich gesunken. Bei einem großen Teil der Industrieerzeugnisse äußert sich das Teuerwerden des Geldes und der verminderte Konsum in einem Sinken der Preise.

So paradox es scheint, so löst doch die Schwere der Krise, anstatt eine Vorstellung von den Schrecken des Krieges zu geben, in manchen Kreisen eine kriegslustige Stimmung aus. Man hört oft sagen: „Schlimmer als es ist, kann es nicht werden.“ Hoffentlich bleibt es Italien erspart, zu erfahren, wieviel schlimmer es noch werden kann.

Theater.

Theater für Donnerstag, 15. Oktober:

Deutsches Künstler-Th. 8 Uhr: Gewonnene Herzen

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Tiefland.

Deutsches Theater 7½ U.: Die Piccolomini.

Kammerspiele 8 Uhr: Scheiterhaufen.

Gebr. Herrnfeld-Theater 8 Uhr: Er kommt wieder. Zwei leuchtende Punkte. Ende gut – alles gut!

Kleines Theater. 8 Uhr: Der Hexenkessel. Gastspiel Harry Walden.

Komödienhaus 8 Uhr: Das Heiratsnest.

Lessing-Theater 7½ U.: Peer Gynt.

Luisen-Theater 8¼ U.: Der heilige Krieg. — Kurmärker und Pikarde. Sonntag 3½ U.: Minna von Barnhelm.

Lustspielhaus 8¼ U.: Graf Pepi.

Residenz-Theater 8 Uhr: Krümel vor Paris.

Rose-Theater 8 Uhr: Am Altar.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Prinz Friedr. v. Homburg

Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Johannisfeuer.

Thalia-Theater 8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpl. 8 Uhr: Immer feste druff! Sonntag 3½ Uhr: Immer feste druff!

Volksbühne (Montis Operettenth.) 8¼ U.: Minna von Barnhelm.

Walhalla-Theater 8¼ U.: Berlin im Felde.

URANIA Taubenstr. 48/49. 4 Uhr: Das belgische Land. Lüttich-Namur-Brüssel-Antwerpen. (Halbe Preise.) 8 Uhr: Die Weichsel u. d. masurisch. Seen.

Berliner Prater-Theater Heute Donnerstag, den 15. Oktober: Gastspiel des Voigt-Theaters: Der Soldatenfreund Volksstück in 5 Akten von G. v. Moser und Otto Girndt. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater. Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Kriegsbilder — Spezialitätenteil usw. Z. Schluß das neue Kriegs-Volksstück: „Mein Leben dem Vaterland“. Loge 1,25, Sessel 1,10, Parkett 80 Pf. Rang 50, Stuhl 30. Sonnt. fl. Aufschl. Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Kriegers Heimkehr.

~~Theater Folies Caprice~~ 8¼ Posen-Theater 8¼ Täglich: Blinkfeuer. Landwehrleute. Fest steht und treu . . . Leonhard Haskel, Martin Ketzner a. G.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Täglich: Unsere Feldgrauen! Zeitbild mit Musik in 3 Akten.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Grandioses Programm! Anfang 8 Uhr.

Besser

als Seife oder Seife und Soda wäscht

Man achte streng auf diese Schutzmarke

das weltbekannte Waschpulver von unvergleichbarer Qualität.

Preis nur 30 Pfg. das 1 Pfd.-Paket.

Das Waschpulver wird in heißem Wasser aufgelöst, in den Waschkessel gegossen, in diesem die Wäsche gekocht, solche danach heiß leicht durchgewaschen und darauf gespült. In dieser Weise erhält man bei leichtester Arbeit eine blendend weiße, frische und reine Wäsche.

Zu haben in Drogen-, Kolonialwaren-, Apotheker- und Seifengeschäften wie en gros von der Fabrik

L. Minlos & Co. in Köln-Ehrenfeld.

Hutformen, moderne, eleg. 2.90, Lynonformen 1.00 2265 **Migge,** Schönhauser Allee 146a.

In Freien Stunden Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Mächte des Weltkrieges

Erstes Heft:

Das Zarenreich.

Inhalt:
I. Gebiet und Bevölkerung.
II. Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse.
III. Das Finanzwesen.
IV. Das zarische Regime.
V. Die auswärtige Politik Rußlands seit dem japanischen Kriege.
VI. Die russische Kriegsmacht.

Mit einer Karte des russischen Reichs
Preis 30 Pf.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 3 (am Belle-Alliance-Platz)

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

In den Kämpfen im Osten fiel der Tischler

Karl Martin

Zorndorfer Straße 8 (Bezirk 341).

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Allen Freunden und Verwandten teilen wir hierdurch mit, daß unser hoffnungsvoller, lieber Sohn und guter Bruder

Gustav Mundt

am 14. September auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist.

Deinen Eltern bleibst Du unvergeßlich. 8481

Dies zeigen tiefbetrübt an

Franz Mundt und Frau. Richard Mundt als Bruder.

Grünau i. M., Köpenicker Straße 21.

Den Heldentod fürs Vaterland starb am 24. August in Frankreich unser einziger, lieber Sohn, Bruder und Schwager

Paul Bartsch

im 24. Lebensjahre. [8

Dies zeigt betrübt an

Familie Bartsch

Lichtenberg, Friedrich-Karl-Str. 9/10.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenfahrer

Wilhelm Regenstein

(Schultheiß-Brauerei, Abt. II) nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhofe in Mariendorf, Eisenacher Str. 62 statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitfahrer 44/4

Stanislaus Feld

(Böhmisches Brauhaus) verstorben ist. — Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Fern von der Heimat fiel am 8. Oktober auf russischem Boden mein herzensguter Mann, Schwager und Schwiegersohn [2395

Richard Döring.

Ruhe sanft in fremder Erde!

In tiefer Trauer

Elisa Döring geb. Durorth.

Lieferwagen, Leiterwagen und Räder, Palisadenstraße 101. 142

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1914. 2. Stellungnahme zu dem Vorgehen der Kollegen der Firma Josetti. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir um pünktliches Erscheinen, damit die Versammlung zur festgesetzten Zeit eröffnet werden kann. 187/13

Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Gustav Reinhardt

Ebertystr. 14, Bezirk 3, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhof statt.

75/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Albert Hufnagel

Neukölln, Elbestraße 36, im Alter von 81 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des evang. Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

92/13 Die Ortsverwaltung.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. a. G. Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen der Filialen

finden statt:

Berlin 1: Sonntag, den 18. Oktober, vorm. 10 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7.

Berlin 2: Montag, den 19. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Sitzlack, Ritterstr. 121.

Berlin 3: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Kayser, Reichenberger Str. 154.

Berlin 4: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, Andreasstr. 26.

Berlin 5: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Thiel, Rückertstr. 7.

Berlin 6: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Mertens, Bernauer Str. 82.

Berlin 8: Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Vogt, Badstr. 58.

Berlin 9: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Bergemann, Berlichingenstr. 14.

Berlin 13: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Heinke, Kopenhagener Str. 67.

Adlershof: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Töpfer, am Marktplatz.

Lichtenberg II: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Blume, Alt-Boxhagen 56.

Neukölln: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Tappert, Steinmetzstr. 114.

Pankow: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 9½ Uhr, bei Schröter, Florastr. 5—6.

Rosenthal: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 9½ Uhr, bei Barth, Viktoriastr. 7. 126/3

Reinickendorf-Ost: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 9 Uhr, bei Brückner, Provinzstr. 74.

Tempelhof: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Benscheck in Mariendorf, Chausseestr. 27.

In allen Versammlungen Kassenbericht vom 3. Quartal.

Rege Beteiligung der Mitglieder erwünscht. Die Ortsverwaltungen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Ein bureaukratischer Geniestreich.

Vor einigen Tagen brannte die Lehndorfer Roggenmühle, hart an der Grenze des Stadtgebiets von Braunschweig gelegen, zu einem großen Teile nieder. Die in einem Getreidespeicher lagernden Vorräte, zirka 50 000 Zentner Roggen, wurden ein Raub der Flammen. In der jetzigen Zeit der Not ein schwerer Verlust an der Ernährung des Volkes. Ein Verlust, der um so schlimmer ist, als es wahrscheinlich möglich gewesen wäre, die Getreidevorräte zu retten, wenn genügende und schnelle Löschhilfe am Brandplatze zugegen gewesen wäre. Aber die ausreichende Löschhilfe war nicht zur Stelle, weil, wie unser Braunschweiger Parteiblatt meldet, die Braunschweiger Berufsfeuerwehr angesichts des Brandes an der Grenze umgekehrt war, da sie **keine Erlaubnis zum Ueberschreiten der Grenze hatte.** Lieber ließ man eine Unmenge des wichtigsten Nahrungsmittels in Flammen aufgehen, ehe man gegen die rückständigen Bestimmungen des bureaukratischen Stadtregiments verstieß!

Ueber den fast unglaublichen Vorgang berichtete am letzten Sonnabend in einer Generalversammlung der Aktionäre der Roggenmühle der Leiter des Unternehmens, Direktor Arnhold. Wir entnehmen seinem Bericht die folgenden Ausführungen:

Um 7 Uhr 10 Minuten meldete ich der Berufsfeuerwehr in Braunschweig Großfeuer und zwar dergestalt, daß der neuerbaute große Getreidespeicher der Braunschweiger Roggenmühle A.-G. in Lehndorf an der Hildesheimer Straße in Gefahr stehe, möglicherweise auch sogar das ganze Mühlenetablissement ein Opfer des Feuers werden könnte. Der Beamte der städtischen Berufsfeuerwehr lehnte es jedoch ab, die Berufsfeuerwehr nach der Brandstelle ausrücken zu lassen, weil strenger Befehl vorliege, daß man über die Stadtgrenze nicht herausgehen dürfe. Der Beamte gab mir zur Antwort, daß die Lehndorfer Mühle auf Lehndorfer Flur liege und somit für die städtische Berufsfeuerwehr nicht in Frage käme . . .

Auf mein wiederholtes und dringendes Bitten angesichts der ungeheuren Gefahren, der Braunschweiger Roggenmühle die Löschhilfe nicht zu versagen, erhielt ich von dem Beamten der Feuerwehr schließlich die Antwort, ich müßte mich an den Magistrat wenden. Ich rief sofort den Stadtmagistrat an, doch war dortselbst vermutlich nur ein Bote anwesend, und ich erhielt die Antwort, der Herr Oberbürgermeister sei nicht mehr da. Bei der weiteren telephonischen Anfrage in der Privatwohnung konnte ich den Herrn Oberbürgermeister ebenfalls nicht erreichen.

Ich rief daraufhin wiederum die Feuerwehr an, schilderte ihr, daß ich den Herrn Oberbürgermeister nicht erreichen könne, und bat zu wiederholten Malen dringend, sofort Feuerhilfe zu senden und vor allen Dingen eine Dampfspritze abzusenden. Auch das zweite Mal wurde die Bitte abgeschlagen, unter den gleichen Vorwänden wie zuerst.

Mittlerweile war Herr Bankdirektor Hoffmann, welchen ich ebenfalls sofort telephonisch von dem ausgebrochenem Brande verständigte, ebenfalls bei der Berufsfeuerwehr mit seinem Auto persönlich vorgefahren und hatte bei dem wachthabenden Posten um Entsendung von Feuerlöschhilfe nach der Roggenmühle ersucht.

Herr Direktor Hoffmann kam sofort zur Roggenmühle und hatte den unterwegs noch getroffenen Herrn Branddirektor Baurat Röttger mitgebracht, und wir versuchten, diesen Herrn zu bestimmen, Feuerlöschhilfe für die Roggenmühle bei der städtischen Berufsfeuerwehr in Braunschweig zu requirieren.

Mittlerweile stand das Treppenhaus und der Raum, in dem die Vorreinigungsmaschinen stehen, bereits in hellen Flammen und letztere schlugen aus mehreren Fenstern gewaltig heraus. Herr Branddirektor Stadtbaurat Röttger lehnte jedoch, selbst angesichts des Brandes und angesichts der weiterhin drohenden Gefahr, die Requirierung der Berufsfeuerwehr in Braunschweig ebenfalls ab, mit dem Hinzufügen, daß er außerhalb des Stadtgebietes nicht zu befehlen habe. Herr Branddirektor Röttger verließ daraufhin unser Kontor und die Brandstätte.

Ich rief nun in Gemeinschaft mit Herrn Bankdirektor Hoffmann widerum die Berufsfeuerwehr in Braunschweig und bat zum drittenmal um Entsendung von Löschhilfe, denn das Feuer hatte schon eine gewaltige Ausdehnung angenommen, aber auch dieses Mal wurde die Hilfeleistung abgelehnt.

In höchster Verzweiflung rief Herr Hoffmann dann schließlich den Minister Boden an, unterrichtete ihn von der Situation und erhielt von demselben die Antwort, daß er bereits von der Angelegenheit gehört habe und er auch der Feuerwehr vor etwa 10 Minuten Order gegeben hätte, sofort Löschhilfe nach der Roggenmühle zu entsenden. Auf den Einwand, daß noch keine Feuerwehr hier sei, erwiderte Herr Minister Boden, daß er sofort nochmals die Feuerwehr antelephonieren wollte, und nach einer längeren Pause traf dann auch die Berufsfeuerwehr an der Brandstelle ein.

Alle diese telephonischen Unterhaltungen usw. spielten sich in der Zeit von 7 Uhr 10 Minuten bis 7 Uhr 45 Minuten ab, während die Berufsfeuerwehr gegen 8 Uhr eintraf.

Hervorheben möchten wir, daß Herr Direktor Arnhold in seinem Bericht noch ausdrücklich betont, daß nach seinen Beobachtungen der Getreidespeicher keineswegs in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, wenn die Braunschweiger Wehr rechtzeitig erschienen wäre. Die vom Direktor Arnhold gegebene Darstellung wird gestützt und erweitert durch Erklärungen mehrerer anderer Beteiligten.

Die Anklagen des Direktors Arnhold gegen das Braunschweiger Stadtregiment sind so schwerwiegend, daß eine genaue Untersuchung der Schuldfrage unumgänglich nötig erscheint. Ist schon in Friedenszeiten die Vernichtung von 50 000 Zentnern Getreide ein großes Unglück, wieviel mehr in dieser Zeit wirtschaftlicher Not. Der bei der Löschung des Brandes betätigte bureaukratische Grundsatz: „Es ist nicht unser Feuer!" wird hoffentlich auch von der vorgesetzten Behörde entsprechende Kritik finden.

Aus Groß-Berlin.

Vom Berliner Verkehr im ersten Kriegsmonat.

Aus der Verkehrsstatistik Berlins teilt jetzt das Berliner Statistische Amt die Ergebnisse für den Monat August mit. Im ganzen hatten gegenüber demselben Monat des Vorjahres die Hoch- und Untergrundbahn, die Straßenbahnen der verschiedenen Gesellschaften und die Omnibuslinien eine beträchtliche Minderung der beförderten Personen und dementsprechend der Betriebseinnahmen. Noch viel stärker wurde aber die Zahl der geleisteten Wagenkilometer verringert. Die weitgehende Einschränkung des Betriebes ermöglichte eine mehr als reichliche Ausnutzung des im Betrieb verbliebenen Wagenmaterials und führte zu der argen Wagenüberfüllung, die wir ja alle samt dem Personal durchgemacht haben und noch jetzt täglich durchmachen müssen.

Ein paar Zahlen aus dem August 1914 seien hier wiedergegeben, wobei wir diejenigen aus demselben Monat von 1913 in Klammern beifügen. Die Große Berliner Straßenbahn leistete 6 453 537 (8 631 939) Wagenkilometer, beförderte 33 175 545 (38 159 248) Personen, vereinnahmte 3 261 254 (3 647 969) M. Pro Wagenkilometer wurden befördert 5,1 (4,4) Personen, vereinnahmt 50,5 (42,3) Pf. Die Berlin—Charlottenburger Straßenbahn hatte trotz weitgehender Herabdrückung der Wagenkilometerzahl sogar noch eine Mehrung der beförderten Personen und der Einnahmen. Sie leisttete 651 841 (814 168) Wagenkilometer, beförderte 3 292 205 (2 959 458) Personen, vereinnahmte 346 799 (306 838) M., d. h. pro Wagenkilometer 5,1 (3,6) Personen, 53,2 (37,7) Pf. Die Westliche Vorortbahn und die Südliche Vorortbahn hatten bei beträchtlicher Verringerung der Wagenkilometerzahl eine nur mäßige Minderung der beförderten Personen und sogar noch eine kleine Mehrung der Einnahmen. Das Ergebnis ist für die Westliche Vorortbahn 811 767 (1 004 972) Wagenkilometer, 3 795 719 (3 892 209) Personen, 407 387 (406 252) M., für die Südliche Vorortbahn 279 569 (335 345) Wagenkilometer, 928 769 (955 604) Personen, 96 620 (91 614) Mk. Bei den Einnahmeziffern wolle man beachten, daß für die drei der „Großen" angegliederten Gesellschaften nicht der einheitliche Zehnpfennigtarif gilt. Zu berücksichtigen ist auch, daß überall in der Zahl der beförderten Personen ein rechnungsmäßig festgestellter Anteil der Abonnenten steckt. In der Wagenkilometerzahl sind immer die Leistungen der Motorwagen und der Beiwagen zusammengefaßt.

Von den übrigen Straßenbahnunternehmungen sei hier nur noch die Straßenbahn der Stadtgemeinde erwähnt. Es wiederholt sich ja bei allen dasselbe Bild: starke Einschränkung des Betriebs, ungewöhnliche Ausnutzung des Wagenmaterials. Aber bei den Straßenbahnlinien der Gemeinde ist das Ergebnis ganz besonders auffällig. Hier wurden im August 1914 (bzw. 1913) geleistet 258 432 (483 546) Wagenkilometer, befördert 1 802 850 (2 338 081) Personen, vereinnahmt 167 352 (220 472) M. Das bedeutet pro Wagenkilometer 7 (4,8) Personen, 64,8 (45,6) Pf.

Auch wenn man berücksichtigt, daß nach Ausbruch des Krieges die Stadt auf einigen schwach benutzten Linien den Betrieb ganz einstellte und daß die Große Berliner Straßenbahn auf mehreren Linien kleine Wagen durch geräumigere ersetzte, erscheint die oben nachgewiesene Steigerung der Einnahmen pro Wagenkilometer noch recht beträchtlich. Hierdurch dürfte der Anteil der Betriebskosten an den Betriebseinnahmen sehr merklich herabgedrückt worden sein.

Die juristische Sprechstunde findet heute Donnerstag ausnahmsweise von **2—4 Uhr statt.**

Wo bleibt die Mietsunterstützung?

Der Magistrat hat kürzlich Grundsätze aufgestellt für Familien der Kriegsteilnehmer. Danach sollen — Bedürftigkeit vorausgesetzt — Frauen ohne Kind 10 M., Frauen mit einem Kinde 7,50 M. und Frauen mit zwei Kindern 5 M. Mietshilfe erhalten, wenn sich die Hauswirte mit einem Mietsnachlaß von 50 Proz. einverstanden erklären. Der Magistrat will diese Mietsbeträge direkt an die Hauswirte zahlen, er will aber auch — ganz unverständlicherweise — von der gewährten Familienunterstützung bestimmte Beträge für Miete in Abzug bringen, eine Anordnung, die in den bisherigen Gemeindebeschlüssen nicht die geringste Deckung findet.

Nun haben erfreulicherweise viele Bezirksvorsteher in den einzelnen Kommissionen sich bemüht, mit Hausbesitzern wegen Nachlaß der Miete zu verhandeln. In vielen Fällen sind die Bemühungen auch von Erfolg gewesen, wenn auch nicht gerade immer ein Nachlaß von 50 Proz. sich ermöglichen ließ. Nachdem diese anerkennenswerte Arbeit getan ist, können die Kommissionen nicht weiter, weil der Magistrat die Gelder noch nicht angewiesen hat. Die Bezirksvorsteher sind mit Recht empört über den Magistrat, der ihnen ihre Arbeit geradezu verleide. Außerdem aber werden auch die armen Frauen beunruhigt, daß ihre Mietsangelegenheit noch immer in der Schwebe bleibt. Dieses ganze Geschäftsgebaren im Magistrat muß um so mehr gerügt werden, als die zu Mietsbeihilfen verwendeten Beträge noch solche aus freiwilligen Sammlungen der Berliner Bürgerschaft sind. Wenn hier nicht schnell eingegriffen wird, riskiert der Magistrat, daß die mit der Sache befaßten Ehrenbeamten unwillig werden. Das muß aber verhütet werden, im Interesse der Gemeinde und der Familien der eingezogenen Krieger.

Sonntagsruhe zur Weihnachtszeit.

Vom Polizeipräsidenten ist für den Landespolizeibezirk Berlin für Sonntag, den 13. und 20. Dezember die Beschäftigungszeit auf die Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags festgesetzt. Der Handel mit Milch, wie Back- und Konditorwaren, mit Fleisch und Wurst sowie mit Vorkostwaren ist außerdem an den genannten zwei Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit von 5 Uhr morgens an zulässig. Im Roheishandel, im Brennmaterialienhandel, sowie in den Bank- und Lotteriegeschäften gelten die beschränkten Beschäftigungszeiten der gewöhnlichen Sonntage.

Am 1. Weihnachtstag ist im Handelsgewerbe die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern verboten. Ausnahmen hiervon sind zugelassen in den Zeitungsspeditionen (4 bis 9 Uhr vormittags) und, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, im Milchhandel (von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags), im Handel mit Back- und Konditorwaren und im Handel mit Fleisch und Wurst, mit Vorkostware nund Roheis (5 bis 10 Uhr vormittags), im Handel mit Kolonialwaren, mit Tabak und Zigarren, mit Bier und Wein (von 8 bis 10 Uhr vormittags). Ausnahmen für die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern sind ferner im Blumenhandel, im ambulanten Milchhandel, in Molkereien und im Brauereigewerbe zugelassen worden.

Am 2. Weihnachstage finden die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Kaufleute im Kommunaldienst.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit, daß seit dem Ausbruch des Krieges zur Deckung des Bedarfes an Hilfskräften in den Steuerkassen und in den Arbeitslosen-Fürsorgestellen zur Aufnahme der Unterstützungsanträge und zur Auszahlung der Unterstützungen, sowie in anderen städtischen Bureaus im ganzen über 500 stellungslose Kaufleute als Bureaugehilfen eingestellt worden sind. Der Bedarf an Hilfskräften und auch an Hilfsdienern und Hilfsstadtsergeanten ist vollständig gedeckt. Wegen der überaus großen Anzahl von Bewerbungen, welche noch vorliegen und nicht mehr berücksichtigt werden können, ist es nicht möglich, den einzelnen Bewerber besonders zu bescheiden. Neue Gesuche können keine Berücksichtigung finden.

Kriegsheim für Schwestern.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Das nach Ausbruch des Krieges durch den Vaterländischen Frauenverein (Hauptverein) gegründete „Kriegsheim für Schwestern", Tiergartenstraße 28, ist nach mir gewordenen Mitteilungen bisher nur wenig in Anspruch genommen worden. Es scheint diese Einrichtung noch nicht genügend bekannt zu sein. Das Kriegsheim soll dazu dienen, Schwestern, die sich in Ausübung ihres Berufs vorübergehend z. B. bei Verwundetentransporten in Berlin aufhalten, völlig unentgeltlich Unterkunft und Verpflegung zu gewähren.

Ein Unikum.

In welch verkehrter Weise sich in dem Kopf eines Hausbesitzers die Welt widerspiegelt, davon legt der nachstehende Brief des Tischlermeisters A. Behrendt, Eigentümer des Hauses Reichenberger Straße 42, Zeugnis ab. In seinem Hause wohnt u. a. eine Witwe, die 28 Mk. monatliche Armenunterstützung bezieht. Drei Söhne der Witwe hatten sie bislang etwas unterstützt, können das aber nicht mehr, weil sie im Felde stehen. Diese Frau erhielt von ihrem Hauswirt folgenden Brief, den wir orthographisch getreu wiedergeben:

„Berlin, den 12. Oktober 1914.

Sie vergessen mir die Miete zahlen zu wollen, und gegen mir den bösen Willen zeigen. Sollten Sie darauf fußen, mir diese schuldig zu bleiben, dann ruhe ich nicht eher, bis Ihnen die Hälfte der Unterstützung genommen wird, ich stelle Ihnen die Frage, was denken Sie denn, wer die Unterstützungen zahlt, oder wovon?? Ich will Ihnen dies verraten, von den Hausbesitzern ihr Vermögen werden Sie unterstützt, oder meinen Sie vielleicht von den von Ihnen bezahlten Steuern oder vom Bürgermeister? Der bekommt auch Gehalt, nur durch die Bürgerschaft leistende Steuern. Ich hätte Sie nicht gekündigt, da Sie mir aber gute ruhige Mieter aus dem Hause graulen wollen, so ist dies nur möglich, wenn Sie die Etage verlassen, damit die Hetze und Zank ein Ende hat. Ich hätte Ihnen nicht so viel Gift zugetraut, und hatte ständig Mitleid, aber wo ich Ihnen gesagt, Sie sollen sich ruhig verhalten, dies doch nicht getan haben, so bleibt nichts weiter übrig als raus, oder lasse Unruhstifter durch Polizei abholen.

Damit Sie auch die Kriegsgesetze kennen, wer im Haus Unfug treibt, Skandal macht, oder Unfrieden stiftet, gegen den Hauswirt seine Verordnungen auftritt, und der Hauswirt verbietet dies, und sich der Mieter nicht danach richtet, wird abgeholt und bestraft.

Ich schreibe Ihnen dies nur, wegen andere Leute, mit Ihnen werde ich allein fertig, die Klatscherei aber und den Unfrieden mache ich auf jede Art ein Ende. Wenn man das Kriegselend betrachtet, so sollten die Menschen einer mit den andern Mitgefühl haben, aber weit gefehlt, Haß, Neid, Mißgunst ist unter das arme Volk, wären die Russen aber und Franzosen in Deutschland gekommen, die Leute alle, welche von der Stadt Unterstützung bekommen, die wären alle verhungert und elend umgekommen, und dauert der Krieg länger als ein Jahr, dann gibt es überhaupt keine Unterstützung mehr, dann sind Hauswirte Bettler. Dies zu Ihrer Kenntnis.

A. Behrendt.

Ich ersuche sofort um die Miete, sonst setze ich Sie an die Luft.

A. Behrendt."

Wir möchten zu diesem Brief, der für sich selbst spricht, nur konstatieren: Der Hausbesitzer hat keinerlei Recht oder Möglichkeit, eine Armenunterstützung zu kürzen. „Kriegsgesetze", wie sie Herr Behrendt aufstellt, gibt es natürlich nicht.

Das Mietsverhältnis im Kriege.

Die Frage der Mietzahlung im Kriege beschäftigte am Dienstag die vollzählig versammelten Delegierten des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine. Man faßte einstimmig nachstehende Resolution:

„Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine mit mehr als 16 000 Mitgliedern gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch die Kriegslage, insbesondere durch die im Interesse der Kampffreudigkeit unserer Truppen erlassenen Verordnungen des Bundesrats, der Berliner Hausbesitz in seiner Existenz bedroht ist.

Der Bund hält die Bestrebungen der Gemeinden, den Grundbesitz durch Darlehnskassen und dergleichen zu stützen, für keine geeigneten Maßnahmen zum Schutze des Grundbesitzes, da die Schuldenlast auf den Schultern der Hausbesitzer haften bleibt.

Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß die Gemeinden von Gesetzes wegen die Pflichten haben, für diejenigen zu sorgen, welche nicht in der Lage sind, eine Wohngelegenheit zu bezahlen, daß es ungesetzlich und unbillig ist, diese Last ausschließlich dem Hausbesitz aufzuerlegen.

Der Hausbesitz ist sich voll bewußt, daß der Krieg Opfer von jedermann im Volke fordert, er erkennt die vaterländische Pflicht an, auch seinerseits Opfer zu bringen, soweit er wirtschaftlich dazu in der Lage ist. Er muß indessen im Interesse

seiner Existenzfähigkeit verlangen, daß keine unbilligen Forderungen an ihn gestellt werden und daß die ihm durch den Krieg einseitig erwachsenden Lasten auf möglichst viele Schultern, auf Staat, Gemeinde, Grundbesitz und Realkredit verteilt werden."

Einsichtnahme in die Lichtenberger Wählerliste.

Wir machen nochmals alle Lichtenberger Wähler auf die Auslegung der Wählerlisten aufmerksam. Die Einsichtnahm erfolgt im Stadthause, Türrschmidtstr. 25, Erdgeschoß, Zimmer 6, in der Zeit von 8—3 Uhr. Da nur noch heute und morgen die Listen ausliegen, so ist es Pflicht eines jeden Wählers, sofort festzustellen, ob sein Name in der Wählerliste enthalten ist. Nur derjenige darf wählen, der in der Wählerliste steht!

Liebesgaben für das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 20 und das Landwehr-Brigade-Ersatzbataillon Nr. 10.

Das Ersatzbataillon Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 20 schickt Pakete mit der Eisenbahn ins Feld. Eltern, Verwandte und Bekannte, die ihren im Regiment oder im Landwehr-Brigade-Ersatzbataillon Nr. 10 dienenden Angehörigen solche zukommen lassen wollen, wollen diese bald an das Ers.-Bataillon des Landw.-Inf.-Regiments Nr. 20 in Wittenberg, Bezirk Halle, senden. Die Pakete müssen doppelt verpackt und verschnürt sein. Die äußere Hülle trägt die Adresse des Ersatz-Bataillons in Wittenberg, die innere Hülle muß mit der genauen Adresse des Empfängers versehen sein. Die Adresse auf dem Abschnitt der gelben Paketadresse muß mit der letzteren übereinstimmen.

Auch etwaige Liebesgaben nimmt das Bataillon mit Dank entgegen. Zum Nachsenden würden sich besonders eignen: Wollene Hemden, Unterhosen, Leibbinden, Handschuhe, Strümpfe, Kniewärmer, Pulswärmer, Kopfschützer, Ohrenklappen, Unterjacken, Filzsohlen für Stiefel, Taschentücher, Meldekartenblocks, Bleistifte, Tabak, kurze Pfeifen, Zigarren, Zigaretten, Dauerwurst, Schinkenwurst, Bouillonwürfel, Kaffee in Pulverform, Kakao in Tuben, Schokolade, Tee, Seife, Streichhölzer, Taschenlampen (möglichst mit Ersatzbatterien).

Kriegsschwindler. Eine dunkle Persönlichkeit ist ein Mann, der hier als Kriegsschwindler festgenommen wurde. Im Zeughaus und seiner Umgebung, auch vor und in den Museen, erschien in der letzten Zeit häufig ein „Train-Unteroffizier", der durch seine Kriegsschilderungen und Erzählungen von seinen Schicksalsschlägen Leute bewog, ihm milde Gaben in die Hand zu drücken. Unter gleichen Vorspiegelungen verschaffte er sich auch bei Schankwirten und anderen Geschäftsleuten Kredit. Endlich fiel es auf, daß die Uniform des vermeintlichen Kriegers nicht in Ordnung war. So trug er zu dem Anzug eines Train-Unteroffiziers eine Ulanenmütze, aber keine Sporen. Ein Beamter fühlte ihm auf den Zahn und bekam bald heraus, daß er einen Schwindler vor sich hatte. Der „Unteroffizier" wußte nichts von militärischen Dingen, verstand nicht richtig zu grüßen und konnte nicht einmal den Standort seines Bataillons angeben. Auf der Revierwache nannte sich der Angehaltene erst mit falschen Namen. Die Kriminalpolizei ist überzeugt, daß der Ertappte noch manches andere auf dem Kerbholz hat und bemüht sich, das Dunkel, mit dem er sich umgibt, zu lüften.

Einbrecher in der Kriegs-Sammelstelle.

Selbst wohltätige Veranstaltungen, die sich zur Linderung der Not in den Dienst der Allgemeinheit stellen, werden von Einbrechern nicht verschont. Der Nationale Frauendienst hat in der Pankstr. 84 eine Sammelstelle eingerichtet, die von der Frau Sanitätsrat Bock geleitet wird. Dort lagen wieder Kinderkleider, Schuhe, Strümpfe, Wäsche usw., die in den letzten Tagen gesammelt worden waren, zur Verteilung an Kriegsnotleidende bereit. Bevor jedoch die Sachen ausgegeben werden konnten, drangen Einbrecher, die erst ein Türschutzgitter übersteigen mußten, mit Nachschlüsseln in die Räume ein und schleppten die gesammelten Sachen weg. Außerdem erbeuteten sie noch einige Mark bares Geld und Kleidungsstücke und Pelzsachen der Hilfsdamen des Vereins. Von den Tätern und dem Verbleib der Sachen hat man noch keine Spur gefunden.

Straßenunfälle. Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist Dienstag der Arbeiter Georg Wunsch schwer verunglückt. W. verließ in der Großen Frankfurter Straße einen Wagen der Linie 8. Er kam dabei zu Fall und erlitt einen Schädelbruch. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht. Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich am gleichen Tage nachmittags am Moritzplatz. Dort wollte der Omnibuskutscher Albert Wiese kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 41 das Gleis überschreiten, wurde umgestoßen und erlitt eine Stirnwunde und eine Quetschung des Beckens. Der Verunglückte wurde nach dem Urban-Krankenhause gebracht. — Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde der 14 Jahre alte Bäckerlehrling Willi Fennert, der in der Kiefholzstraße 17 zu Treptow beschäftigt war und wohnte. Auf einer Bestellfahrt mit seinem Zweirade stieß er in der Graetzstraße mit einer Kraftdroschke zusammen, geriet unter die Räder, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Hilfswache am Görlitzer Bahnhof gleich nach der Aufnahme starb.

Im Gebrüder-Herrnfeld-Theater findet am Sonnabend, den 17. d. M., die 50. Aufführung der drei Herrnfeldiaden „Er kommt wieder", „Zwei leuchtende Punkte" und „Ende gut — alles gut" mit den Autoren in den Hauptrollen statt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Bäckerverband in der Kriegszeit.

Die Wirkungen des Krieges auf die Bäckerorganisation ist auf die in ihr vertretenen beiden Hauptgruppen eine verschiedenartige. Die Bäcker wurden zu einem großen Prozentsatze zum Militär eingezogen, und da ihre Arbeitskraft auch im Lande in hohem Maße in Anspruch genommen wurde, waren Arbeitslose sehr wenig vorhanden. Die Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken hatten dagegen in den ersten Wochen unter kolossaler Arbeitslosigkeit zu leiden. Durch eine Erhebung in den Schokoladen- und Zuckerfabriken ergab sich, daß 199 Betriebe vor Ausbruch des Krieges 8193 Arbeiter und 14 816 Arbeiterinnen beschäftigten, von denen 2083 Arbeiter und 4080 Arbeiterinnen gleich 26,6 Prozent sofort in den ersten Tagen des August entlassen wurden. Die Betriebe stellten zum Teil wegen der Bahnsperre die Fabrikation ganz ein. In der ersten Woche des September waren erst wieder 166 der erfaßten Betriebe in Tätigkeit; sie beschäftigten 3956 Arbeiter und 8642 Arbeiterinnen. Durch Aussetzen waren zeitweilig arbeitslos gewesen 2697 männliche und 6763 weibliche Personen. Die Unterstützungsleistungen der Organisation wurden infolgedessen stark in Anspruch genommen. Es meldeten sich arbeitslos und krank:

Woche	Arbeitslos männl.	Arbeitslos weibl.	Krank männl.	Krank weibl.	Zusammen Mitglieder
Vom 2. bis 8. August	641	462	51	34	1188
„ 9. „ 15. „	441	419	38	24	922
„ 16. „ 22. „	238	250	21	9	518
„ 23. „ 29. „	100	99	21	1	221

Vor dem Kriege waren wöchentlich im Durchschnitt nur 187 Unterstützungsmeldungen zu verzeichnen. In der zweiten Woche des August rechnete die Organisation mit 2720 Unterstützungsberechtigten, in der dritten mit 2473 und in der vierten mit 1285.

Die Einziehung zur Truppe betraf, wie erwähnt, die Bäcker am schärfsten. Bis zum 1. September waren insgesamt 8211 Mitglieder eingezogen. Da der Mitgliederbestand am Schlusse des zweiten Quartals 29 116 betragen hatte, so verblieben 20 905; durch 777 Neuaufnahmen, die in diesem Monat noch gemacht werden konnten, und 705 Streichungen infolge Berufswechsels — besonders der weiblichen Mitglieder — ergab sich dann die Zahl von 20 587 Mitgliedern.

Trotz dieses Rückganges darf wohl der Zentralverband der Bäcker und Konditoren noch zu den Organisationen gerechnet werden, die die Kriegswirren verhältnismäßig am besten überstehen werden, wenn ruhigere Zeiten nicht gar zu lange auf sich warten lasse... Die Nahrungsmittelarbeiter werden eben gerade jetzt am notwendigsten gebraucht; auch die Schokoladenindustrie produziert, nachdem jetzt die Transportschwierigkeiten zum Teil behoben sind und ihre Produkte zur Verpflegung der Truppen in starkem Maße in Anspruch genommen werden, in einzelnen Landesstrichen wieder mehr. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann jedoch die Organisation beruhigter in die Zukunft blicken und sie hat deshalb ihre Unterstützungseinrichtungen zur Stunde noch nicht allzusehr einzuschränken brauchen.

Die Bielefelder Gewerkschaften zählten im Juli d. J. 18 000 Mitglieder. Davon sind bis zum 1. Oktober einberufen 4085, darunter 2782 verheiratete Mitglieder. Werden die Landsturmpflichtigen und Ersatzreserven noch einberufen, so erhöht sich die Zahl noch beträchtlich. Arbeitslose wurden am 1. Oktober 1446 gezählt, im dritten Quartal 5244 mit 88 396 Arbeitslosentagen. Die meisten Betriebe arbeiten jedoch mit verkürzter Arbeitszeit oder mit Feierschichten. Dadurch wurde ein großer Teil der Arbeiter vor der Entlassung bewahrt. Die Wäscheindustrie leidet am empfindlichsten unter dem Kriege. Die Gewerkschaften zahlten im dritten Quartal 90 955,32 M. an Unterstützungen.

Gerichtszeitung.

Der Streit um die Weltkugel.

Das Reichsgericht hatte am Dienstag sich wieder mit dem Globus zu beschäftigen.

Im Jahre 1901 hatte bekanntlich die Firma **A. Wertheim** gegen die Firma Hermann **Tietz** Klage erhoben auf Entfernung der auf dem Dache ihres Geschäftshauses in der Leipziger Straße in der Form eines Globus angebrachten Leuchtkugel, da diese das der Firma Wertheim geschützte Warenzeichen verletze. Die Klage hatte damals keinen Erfolg.

Im Frühjahr vorigen Jahres hat die Firma Wertheim eine neue Klage gegen die Firma Tietz angestrengt, und zwar nicht nur auf Entfernung dieses Globus, sondern auch des Globus am Alexanderplatz, sowie der gleichen Fassadenbestandteile auf den Tietzschen Warenhäusern in Stuttgart und Straßburg, endlich auch auf Entfernung der kleinen in Kugelformen gestalteten Laternen an der Fassade des Tietzschen Neubaues am Dönhoffplatz. Diese erneute Klage wurde in zwei Instanzen vom Landgericht I Berlin und dem Kammergericht zurückgewiesen. Auf die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision hatte sich jetzt das Reichsgericht mit diesem Streitfall zu beschäftigen. Das Reichsgericht hat die von der Firma A. Wertheim eingelegte Revision zurückgewiesen, weil die Weltkugel oder das Weltkugelmotiv kein schutzfähiges Warenzeichen ist. Schutzfähig ist nur die Ausstattung des Globus, seine besondere Einrichtung oder dergl.

Jugendverderber.

Als einen sehr gefährlichen Jugendverderber bezeichnete der Staatsanwalt den Naturheilkundigen Ernst Kusserow, der sich gestern wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Des Angeklagten Treiben ist allerdings ein geradezu schmachvolles gewesen. Er pflegte durch Zeitungsannoncen junge Mädchen im Alter zwischen 13 und 15 Jahren unter der Angabe an sich zu locken, daß sie sich durch kleine Aufwartedienste bei ihm Geld verdienen könnten und zugleich Gelegenheit hätten, das Klavierspiel zu erlernen. In Wahrheit kam es ihm aber nur darauf an, die Mädchen sittlich zu verderben und sie seinen Lüsten gefügig zu machen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß ein Mann, der in so systematischer Weise seine verbrecherischen Pläne verfolgt, als ein äußerst gefährlicher Verbrecher der Jugend zu gelten hat, der unter keinen Umständen Milde verdient. Der Angeklagte wurde zu **2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust** verurteilt. Drei Monate Untersuchungshaft wurden ihm auf die Strafe angerechnet.

Soziales.

Ein Erfolg der „Volksfürsorge".

Unsere Leser erinnern sich, daß die „Deutsche Volksversicherung, Gemeinnützige Aktiengesellschaft", welche ausdrücklich gegründet war, um der „Volksfürsorge" Abbruch zu tun, im Herbst 1913 Rundschreiben und Flugblätter verschickt hatte, in welchen die Behauptung aufgestellt war, bei der „Volksfürsorge" würden „die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen, um der Umsturzpartei einen neuen, starken Kriegsschatz im Kampf gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen". Verbunden war diese Behauptung mit einer Aufforderung, die „Volksversicherung" zu unterstützen, u. a. auch dadurch, daß die Arbeitgeber ihre Arbeiter ihr zuführten.

Die **„Volksfürsorge"** erhob auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine **Klage** auf Unterlassung dieser Behauptung. **Das Landgericht II Berlin** stellte zwar ausdrücklich fest, es könnte **kein Zweifel darüber bestehen, daß bei der „Volksfürsorge" die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet würden,** wies aber trotzdem die Klage ab, weil es in der von der „Volksversicherung" aufgestellten Behauptung nicht eine **tatsächlicher Art,** sondern eine nicht nachweisbare „Meinungsäußerung" sah.

Die „Volksfürsorge" legte hiergegen **Berufung** beim **Kammergericht** ein. Ueber diese verhandelte der 7. Senat des Kammergerichts am Dienstag.

Die „Volksfürsorge" wurde durch die Rechtsanwälte **Wolfgang Heine** und **Dr. Hugo Heinemann** vertreten, die „Aktiengesellschaft Volksversicherung" durch Rechtsanwalt **Dr. Reimer.** Die Vertreter der „Volksfürsorge" wiesen aus der Rechtsprechung nach, daß die Behauptung, die „Gelder der Versicherten würden zum Kriegsschatz" für die Sozialdemokratie dienen, als Behauptung einer **Tatsache** anzusehen wäre, nämlich der Tatsache einer bei den Leitern der „Volksfürsorge" vorhandenen Absicht, so zu handeln, und daß die Leser der Druckschriften die Behauptung nicht anders auffassen könnten als dahin, daß die „Volksfürsorge" die Gelder der Versicherten zu **veruntreuen** beabsichtige. Wenn eine Behauptung deshalb, weil sie niemals erwiesen werden könnte, nicht als „Tatsache" im Sinne des Wettbewerbsgesetzes gelten sollte, so würde dies geradezu eine **Prämie auf möglichst dreiste Verleumdungen** sein. Denn je ungenierter jemand Unbeweisbares behauptete, desto leichter würde er sich dann der Verantwortung entziehen können.

Das **Gericht** erkannte dahin, daß der **„Aktiengesellschaft Volksversicherung" die Verbreitung ihrer Behauptung bei Androhung einer Strafe untersagt wird.**

Kurz vor der Verhandlung hatte der Vertreter der „Volksversicherung" an den Anwalt der „Volksfürsorge" geschrieben, es sei bei den jetzigen Zeitläuften doch nicht angemessen, einen solchen politischen Prozeß zu führen, und deshalb möge die Sache bis nach dem Kriege vertagt werden. Es wurde ihm darauf geantwortet, wenn die „Volksversicherung" der Ansicht wäre, daß diese Art der Polemik aufhören müßte, so möge sie die Behauptung zurücknehmen und das Versprechen abgeben, daß sie nicht fortgesetzt werden sollte. Würde dies aber nicht erklärt, so müßte der Prozeß zur Entscheidung gebracht werden. **Zu dieser selbstverständlichen Erklärung aber erhielt der Prozeßvertreter keine Ermächtigung.**

Die „Volksfürsorge" hat trotz aller Anfeindungen wieder Anhänger gewonnen. In Berlin hat sie bis zum 30. Juni 12 766 Anträge abgeschlossen. Die jüngst errichtete Kriegsversicherung hat ihr Tätigkeitsfeld erweitert.

Gehaltsminderung durch Mehrheitsbeschluß.

Die Frage, ob sich der Angestellte einem vom Personal gefaßten Mehrheitsbeschluß betreffs Minderung des Gehaltes unterwerfen muß, unterlag der Prüfung der 5. Kammer des **Berliner Kaufmannsgerichts.**

Bei Ausbruch des Krieges berief der Beklagte, **Fabrikant S. Seligmann,** sein aus zirka 250 Personen bestehendes Personal zusammen und erklärte, der Betrieb solle aufrechterhalten bleiben, sofern sich die Angestellten mit der Hälfte des bisherigen Gehaltes einverstanden erklärten. Die **Mehrheit** gab sich, wenn auch zum Teil widerstrebend, damit zufrieden. Die Lageristin W., die Klägerin im vorliegenden Prozesse, weigerte sich jedoch, in eine derartig hohe Gehaltsminderung zu willigen. Sie bezog bis dahin 60 M. Monatsgehalt und hätte demnach nur 30 M. für den Monat bekommen sollen. Obgleich die Klägerin die Ablehnung des Angebots in ganz bestimmter Form zum Ausdruck brachte, erhielt sie am folgenden Monatsschluß doch nur 30 M. ausgezahlt. Der Beklagte macht in der Verhandlung geltend, daß er die Aufrechterhaltung des Betriebes von dem Entgegenkommen des Personals abhängig gemacht habe; diesem berechtigten Verlangen hätten auch die meisten seiner Angestellten Rechnung getragen und die Klägerin müßte sich der Erklärung der Mehrheit und dem gemeinsamen Interesse des Geschäfts fügen.

Das Kaufmannsgericht billigte mit Recht diesen Standpunkt des Beklagten nicht, sondern verurteilte ihn zur Zahlung der vom Gehalt gekürzten 30 Mk. Es lag, so heißt es in der Begründung, für die Firma kein Grund vor, der Klägerin das halbe Gehalt für August zu kürzen, nachdem sie mit der Kürzung nicht einverstanden war. Wenn der Beklagten die Klägerin eine zu teure Arbeitskraft war, dann hätte sie ordnungsgemäß kündigen müssen, bis zum Ablauf der Kündigungsfrist stand der Angeklagten jedoch das volle Gehalt zu. Daran kann auch die Tatsache, daß die Mehrheit des Personals in die Gehaltsminderung willigte, nichts ändern.

Parteiveranstaltungen.

Jugendsektion des 1. und 5. Kreises. Sonntag, den 18. Oktober, wird ein Ausflug nach Friedrichshagen—Gosen—Grünau unternommen. Fahrgeld 50 Pf. Treffpunkt: Berolina, Alexanderplatz, 7 Uhr pünktlich.

Kleine Nachrichten.

Zyklonverheerungen in Italien.

Der 2500 Einwohner zählende Ort Ischia Caporicente in der Provinz Catanzaro (Kalabrien) ist von einem furchtbaren Zyklon heimgesucht worden. Dreiviertel der Häuser sind eingestürzt, die Felder sind völlig verwüstet. Die Bevölkerung konnte sich zum größten Teil retten. Zehn Schwerverwundete und viele Leichtverwundete sind bis jetzt aus den Trümmern hervorgezogen. Truppen mit Zelten und Baumaterial für die Baracken sind dorthin gesandt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3,** IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **3 bis 6 Uhr,** am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

Heute Donnerstag findet die Sprechstunde ausnahmsweise von 2 bis 4 Uhr statt.

K. 11. Die Amnestie ist im Wortlaut im „Vorwärts" vom 6. August veröffentlicht. Sie bezieht sich u. a. auf Beleidigung in den Fällen der §§ 196, 197 des Strafgesetzbuchs und auf die Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung im Sinne der §§ 123—138 des Strafgesetzbuchs. Wenn Sie wissen wollen, ob eine bestimmte Tat unter die Amnestie fällt, so geben Sie an, auf Grund welcher Paragraphen eine Verurteilung stattgefunden hat, wann sie ausgesprochen ist und wann sie rechtskräftig geworden ist. Die Amnestie bezieht sich nur auf diejenigen Strafaten, die am 4. August bereits rechtskräftig waren. — **St. 12. 1.** Auf Grund des § 7, Ziffer 2 der Wehrordnung bedingt tauglich. 2. Das geschieht bei der Einziehung. — **E. H. 1.** Ja. — **H. 200.** Wenden Sie sich an die Blindendeputation des Magistrats in Berlin oder an die „Wilhelm- und Ida-Becker-Stiftung" in Weißensee, Berliner Allee 184/185. — **A. B. 15.** 1. und 2. Nein. Sie müßten sich an die Schuldeputation wenden. 3. Einbehalten kann der Wirt, exmitlieren kann er Sie nicht. Eine Klage gegen Ihren Mann würde unterbrochen, eine Klage gegen Sie würde abgewiesen werden. — **M. P. 100.** Etwa 10—15 M. wöchentlich würde voraussichtlich das Gericht als angemessen erachten. — **Gertrud 12.** 1. Eine Klage ist zulässig. 2. Ein Anspruch auf Unterstützung steht Ihnen nicht zu. — **J. K. 83.** Nein, nur wenn der Betreffende nachweislich wider besseres Wissen gehandelt hat. — **Abonnent Wilmersdorf.** 1. Die Mehrzahl der Kaufmannsgerichte erachtet die Unterschrift für gültig. 2. Nein. — **65. 16.** In der Regel erfolgt direkte Nachricht. Fragen Sie bei der Auskunftsstelle des Kriegsministeriums, Dorotheenstraße, Ecke Neue Wilhelmstraße, an. — **A. Z. 150.** Die Forderung ist nicht verjährt. Darlehensforderungen verjähren in 30 Jahren. — **H. H. 100.** Wegen Herzfehler untauglich. — **Hermine 1884.** Das ist irrig. Das Gericht fordert nach wie vor einen Kostenvorschuß. — **K. G. 59.** Nach der herrschenden Praxis leider ja. — **S., Neukölln.** 1. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg, nur aber, weil Sie so lange Zeit haben verstreichen lassen, ist der Ausgang ein zweifelhafter. 2. Sie haben Anspruch auf Zahlung für 14 Tage. Voraussetzung ist, daß Sie weitergearbeitet oder sich erboten haben, weiterzuarbeiten. Hätten Sie weniger erhalten, so hätten Sie die Differenz einklagen müssen. — **E. L. 10.** 1. Wegen chronischer Krankheiten der Atmungsorgane zurückgestellt. 2. Unregelmäßige Form des Brustkorbes; zurückgestellt aus dem zu 1. angeführten Grunde. — **K. Z. 71.** 1. Deutschland: 49 380, Frankreich: 138 900. 2. Noch nicht ermittelt. — **G. Pf. 13.** Darüber ist uns nichts bekannt. — **A. B.** Entzieht sich unserer Kenntnis. — **K. B. 100.** An das Königl. Polizeipräsidium, Abt. II b. — **Die glückliche 100.** Darüber Aufklärung zu geben sind wir nicht in der Lage. — **Neukölln 78.** Der Orden Pour le mérite wird in der Hauptsache für militärische Auszeichnungen verliehen. Es besteht aber daneben noch eine besondere Friedensklasse, und zwar kann der Orden auch an 100 Zivilpersonen verliehen werden, die sich um Kunst und Wissenschaft Verdienste erworben haben. — **W. M. 77.** 1. und 2. Ja. — **100. M. L. in R.** Die Schwägerin ist zur Unterstützung gesetzlich nicht verpflichtet. — **Sch. M. 1.** Das Geld können Sie auf der Sparkasse oder auf einer sicheren Bank liegen lassen. — **D. 1587.** Ja. — **O. R.** Ja.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 14. Oktober. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 80—89, do. IIa 75—78, do. IIIa 62—73; Bullenfleisch Ia 77—82, do. IIa 67—75; Kühe, fett 65—70, do. mager 60—65, Fresser 65—73, do. holl. 55—63, Bullen, dän. 58—66. Kalbfleisch: Doppellender 115—125; Mastkälber Ia 85—90, do. IIa 65—84; Kälber ger. gen. —,—. Hammelfleisch: Mastlämmer 80—84; Hammel Ia 76—79, do. IIa 72—75; Schafe 72—80. Schweinefleisch 70—73. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberscke 50 kg 3,75—4,00; weiße Kaiserkronen 3,50—4,00; Magnum bonum 3,50—4,00; Porree, Schock 0,60—0,80; Sellerie, Schock 3—6,00; Spinat 50 kg 8,00—10,00 Mohrrüben 2,25—2,50; Bohnen 50 kg 15,00—25,00; Wachsbohnen 50 kg 15,00—25,00; Kohlrabi Schock 0,50—1,00; Wirsingkohl Schock 4,00—10,00; Wirsingkohl 50 kg 3,50—4,50; Weißkohl Schock 3,00—8,00, Weißkohl 50 kg 2,00—2,50; Rotkohl, Schock 4,00—10,00; Rotkohl 50 kg 2,50 bis 4,50; Kohlrüben 50 kg 3,00—5,00; Teltower Rüben 50 kg 5,00—12,00; Blumenkohl, Erfurter, 100 St. 6,00—18,00. Rosenkohl 50 kg 22,00—25,00, Meerrettich Schock 5,00—12,00, Petersilienwurzel Schockbund 1,00—3,00; Radieschen Schockbund 0,70—1,00; Salat Schock 2,00—3,00; Zwiebeln, 50 kg 7,00—8,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—30,00; Champignons 50 kg 25,00—35,00; Gurken, Schock 1,25—2,50; Senigurken, Schock 7,00—10,00; Einlegegurken, Schock 0,60—1,50. Kürbis 50 kg 2,00—3,00.